

## Teil I Eine in der Realität verankerte Normativität. Ansatz und theoretische Grundlagen der Untersuchung

Wir sind auf Glatteis geraten, wo die Reibung fehlt, also die Bedingungen in gewissem Sinne ideal sind, aber wir eben deshalb auch nicht gehen können. Wir wollen gehen; dann brauchen wir die Reibung.

Zurück auf den rauhen Boden!

L. Wittgenstein, *Philosophische Untersuchungen*, § 107

Le plus fort n'est jamais assez fort pour être toujours le maître, s'il ne transforme la force en droit et l'obéissance en devoir.

Jean-Jacques Rousseau, *Du contrat social, ou principes du droit politique*, III



# Kapitel 1 Fakten und Normen: der kritisch-realistische Ansatz in der politischen Philosophie

## 1 Der „kritische Realismus“: eine (Re-)Konstruktion<sup>43</sup>

Realismus hat eine lange Tradition in der Geschichte des politischen Denkens. Von Thukydides über Niccolò Machiavelli bis Karl Marx und Max Weber – um nur einige Vertreter zu nennen – hat der Realismus das politische Denken von der Antike bis zur Moderne geprägt. Als Ansatz der politischen Philosophie kann dieser „klassische“ Realismus als eine Kombination zweier Elemente charakterisiert werden. Er stellt zunächst eine grundlegende Stoßrichtung dar, welche die Beschreibung der politischen Fakten der Setzung von Idealen und ethischen Prinzipien vorzieht. Diese Stoßrichtung ist, zweitens, mit einer Konzeption des Politischen verbunden, wonach der Konflikt ein grundlegendes, endemisches und letztendlich nicht aufhebbares Charakteristikum der Politik ist.<sup>44</sup>

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist jedoch ein solcher Ansatz in der politischen Philosophie in den Hintergrund geraten. Wenn in den Politikwissenschaften, und insbesondere in der Theorie der internationalen Beziehungen, realistische Ansätze auch weiterhin erfolgreich waren, so schien doch der Realismus im Bereich der politischen Philosophie mit

---

43 Hier wird vom Realismus als Strömung der politischen Philosophie gehandelt. Die Grenzen zu benachbarten Disziplinen, beispielsweise der Rechtsphilosophie und -theorie, sind jedoch häufig fließend, unter anderem aufgrund der Verschränkung von Macht und Recht, wie ich sie im zweiten Kapitel skizzieren sowie im zweiten Teil dieses Buches deutlich machen werde. Es würde den Rahmen dieses Buches sprengen, auf mögliche Parallelen zu einem realistischen Ansatz in der Rechtsphilosophie und in der Rechtstheorie einzugehen. *Pars pro toto* verweise ich hier auf Matthias Jestaedts Plädoyer für eine skeptische und realistische Theorie des Rechts, die viele Ähnlichkeiten mit dem hier vertretenen Ansatz aufweist. Einige dieser Berührungspunkte werde ich in diesem Kapitel weiter unten erwähnen. Vgl. Jestaedt, Matthias, *Das mag in der Theorie richtig sein ... vom Nutzen der Rechtstheorie für die Rechtspraxis*. Tübingen: Mohr Siebeck 2006.

44 Vgl. Portinaro, Pier Paolo, Grundsätzliches oder Selbstverständliches zum Politischen Realismus, in: Brodocz, André *et al.* (Hg.), *Die Verfassung des Politischen. Festschrift für Hans Vorländer*. Wiesbaden: Springer 2014, 351–362, hier 352 und Portinaro, Pier Paolo, *Il realismo politico*. Roma-Bari: Laterza 1999, 16, 26–29.

der dominanten normativen Ausrichtung schlichtweg unvereinbar. Nach der Prophezeiung des Todes der politischen Philosophie in den 1950er Jahren<sup>45</sup> und nach ihrer baldigen Wiederbelebung dank der Rehabilitierung der Begründungsansprüche im praktisch-philosophischen Raum durch John Rawls<sup>46</sup> prägten ideal-normativistische Ansätze die Ausrichtung der politischen Philosophie. Alternative Ansätze, wie etwa in Judith Shklars *Liberalismus der Furcht* verkörpert, existierten zwar, konnten sich aber nur begrenzt als eigenständige und selbstbewusste philosophische Tradition durchsetzen.<sup>47</sup>

Dieser Zustand scheint sich seit etwa der Jahrtausendwende zu ändern. Seitdem haben einige Philosoph\_innen einen Ansatz entwickelt, der sich explizit als Gegenentwurf zu dem dominanten Paradigma der ideal-normativen politischen Theorie, dem „Moralismus“, versteht. Mittlerweile hat dieser gegenwärtige Realismus großes Interesse geweckt, sodass es auch im deutschsprachigen Raum eine zunehmende Zahl von Studien und Aus-

---

45 Vgl. Strauß, Leo, *What Is Political Philosophy? And other studies*. New York: The Free Press 1968, 9–55 und Schaal, Gary S., Zwischenbetrachtung. Totgesagte leben länger. Über die Vitalität politischer Theorie und Philosophie in den USA nach 1945: Institutionelle und theoriegeschichtliche Aspekte, in: Brodocz, André; Schaal, Gary S. (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart I*. Opladen: Leske und Budrich 2002, 503–538.

46 Vgl. insbesondere Rawls, John, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2012 (Originalausgabe *A Theory of Justice*, 1971). Weitere einflussreiche Vertreter dieses normativ-idealen Ansatzes sind Robert Nozick und Ronald Dworkin.

47 Vgl. Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*. Ein weiteres Beispiel ist der sog. italienische Realismus, wozu etwa Norberto Bobbio und Danilo Zolo gezählt werden, vgl. Bobbio, Norberto, *Democracy and dictatorship. The nature and limits of state power*. Cambridge: Polity Press 1997; Zolo, Danilo, *Die demokratische Fürstenherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik*. Göttingen: Steidl 1997 und Buchstein, Hubertus; Jörke, Dirk, Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: *Leviathan*, 31/4, 2003, 470–495, hier 488. Für einige Autor\_innen stellt der Realismus keine Erneuerung der politischen Philosophie dar, sondern ist eine Rückkehr zu einer Art, politische Philosophie zu betreiben, die vor dem „normativen Bruch“ üblich war. Vgl. Rossi, Enzo, Can Realism Move Beyond a Method-enstreit?, in: *Political Theory*, 44/3, 2016, 410–420; Scheuerman, William E., The realist revival in political philosophy. Or: Why new is not always improved, in: *International Politics*, 50/6, 2013, 798–814 und Rossi, Enzo; Sleat, Matt, Realism in Normative Political Theory, in: *Philosophy Compass*, 9/10, 2014, 689–701, hier 696–697.

einandersetzungen mit ihm gibt.<sup>48</sup> Eine systematische Charakterisierung dieses Realismus fehlt jedoch immer noch.

Eine erste Schwierigkeit auf dem Weg zu einer solchen Darstellung besteht darin, dass der Kreis der Denker\_innen, die dieser neuen Ausrichtung angehören, nicht scharf konturiert ist. Ein zweites Problem ist, dass manchmal verschiedene Aspekte des gegenwärtigen Realismus miteinander gebündelt und vermischt, Begriffe unscharf oder in verschiedenen Darstellungen widersprüchlich benutzt werden. Drittens ist das Verhältnis des gegenwärtigen Realismus zu anderen realistischen Denkrichtungen, etwa zum Realismus in den internationalen Beziehungen oder zum „klassischen“ Realismus, nicht immer klar definiert.<sup>49</sup> Alle drei Schwierigkeiten in der Auffassung des gegenwärtigen Realismus haben nachvollziehbare Gründe, da der gegenwärtige Realismus in der politischen Philosophie selbst alles andere als eine klar definierte, kohärente und fest etablierte Schule darstellt.

---

48 Als Überblicksdarstellungen vgl. etwa Galston, William A., Realism in political theory, in: *European Journal of Political Theory*, 9/4, 2010, 385–411; Honig, Bonnie; Stears, Marc, The new realism: From *modus vivendi* to justice, in: Floyd, Jonathan (Hg.), *Political philosophy versus history? Contextualism and real politics in contemporary political thought*. Cambridge: Cambridge University Press 2011, 177–205; Rossi; Sleat, Realism in Normative Political Theory; Schaub, Ideale und/oder nicht-ideale Theorie – oder weder noch? und Menke, Christoph, Weder Rawls noch Adorno? Raymond Geuss’ Programm einer realistischen Philosophie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 58/3, 2010, 445–455.

49 Ich werde das Verhältnis zwischen dem gegenwärtigen und dem „klassischen“ Realismus unten ausführlicher erörtern. Im Hinblick auf das Verhältnis des gegenwärtigen Realismus in der politischen Philosophie zu realistischen Ansätzen in den Theorien der internationalen Beziehungen gilt, dass der Realismus in der politischen Philosophie sich in Abgrenzung zu der realistischen Tradition in den internationalen Beziehungen definiert, die mit Namen wie Hans Morgentau, E. H. Carr und Reinhold Niebuhr assoziiert wird. Vgl. dazu Runciman, David, Political Theory and Real Politics in the Age of the Internet, in: *Journal of Political Philosophy*, 25/1, 2017, 3–21 und Geuss, Raymond, Realismus, Wunschenken, Utopie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 58/3, 2010, 419–429, hier 427. William E. Scheuerman hat die Lektüre des Realismus in den internationalen Beziehungen durch Raymond Geuss und Bernard Williams als simplifiziert kritisiert, vgl. Scheuerman, The realist revival in political philosophy. Der hier rekonstruierte Realismus ist zudem nicht mit erkenntnistheoretischen und ontologischen Ansätzen zu verwechseln, die als „realistisch“ bezeichnet werden. Dazu gehört der „kritische Realismus“ von Hans Albert sowie die durch Markus Gabriel geprägte philosophische Strömung des „neuen Realismus“. Der hier dargestellte kritische Realismus hat sich unabhängig von diesen Ansätzen entwickelt.

Trotzdem bin ich der Überzeugung, dass eine fest umrissene und übersichtliche Darstellung des gegenwärtigen Realismus möglich ist. Ich werde daher auf den nächsten Seiten die grundlegenden Charakteristika des gegenwärtigen Realismus anhand eines Kerns von Autor\_innen umreißen, die mir mit jeweils eigenen Akzenten in die gleiche Stoßrichtung zu zeigen scheinen. Dazu gehören zunächst der US-amerikanisch-britische Philosoph Raymond Geuss und der britische Philosoph Bernard Williams. Beide Autoren werden beinahe einstimmig als die prägendsten Figuren dieser Strömung bezeichnet. Da beide Autoren institutionelle Verbindungen mit der Universität Cambridge, an der sie lehrten, aufweisen, wird der gegenwärtige Realismus auch als „Cambridge realism“ bezeichnet.<sup>50</sup> Nach meiner Charakterisierung des kritischen Realismus gilt die lettisch-US-amerikanische Politologin Judith Shklar als zentrale Vorläuferin (oder zeitgenössische Realistin *ante litteram*) dieser Denkrichtung.<sup>51</sup>

---

50 Runciman, David, What Is Realistic Political Philosophy?, in: *Metaphilosophy*, 43/1/2, 2012, 58–70, hier 62.

51 Das Werk Shklars hat zuletzt zunehmend Interesse geweckt, auch im deutschsprachigen Raum. Vgl. beispielweise den Schwerpunkt: Judith N. Shklars politische Philosophie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 62/4, 2014; vgl. zudem die 2013 erschienene deutsche Übersetzung von Shklars *Liberalism of Fear*, die auch eine Diskussion durch Autor\_innen wie u. a. Seyla Benhabib, Axel Honneth, Michael Walzer und Bernard Williams enthält: Shklar, *Der Liberalismus der Furcht* und den Schwerpunkt: Die politische Theorie von Judith N. Shklar, in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, 9/2, 2018. Für eine breitere Auffassung des gegenwärtigen Realismus in der politischen Philosophie vgl. Galston, Realism in political theory und Sleat, Matt, Bernard Williams and the possibility of a realist political theory, in: *European Journal of Political Theory*, 9/4, 2010, 485–503. Galston und Sleat zählen zusätzlich zu den realistischen politischen Philosoph\_innen Richard Bellamy, John Dunn, Bonnie Honig, Chantal Mouffe, Glen Newey, Mark Philp u. a. Seltener wird zusätzlich James Tully als realistischer Autor in die Diskussion des Realismus einbezogen, vgl. etwa Schaub, Jörg, Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik, in: *Zeitschrift für politische Theorie*, 1, 2012, 8–24 und Honig, Bonnie; Stears, Marc, James Tully's Agonistic Realism, in: Tully, James, *On Global Citizenship*. London; New York: Bloomsbury Academic 2014, 131–153. Obwohl meines Erachtens Tully nicht zu den realistischen Kernautor\_innen gehört, können einige seiner Argumente zur Stärkung des realistischen Ansatzes beitragen. Ich werde daher gelegentlich auf seine Schriften verweisen. Für eine kritische Diskussion der Zuordnung Shklars zum gegenwärtigen politischen Realismus vgl. Forrester, Katrina, Judith Shklar, Bernard Williams and political realism, in: *European Journal of Political Theory*, 11/3, 2012, 247–272. Forrester hat sich bemüht zu zeigen, dass Shklars realistische Positionen nicht durch eine Kritik am rawlschen ideal-normativen Ansatz motiviert sind. Obwohl dementsprechend die Abgrenzung zwischen ideal-normativen Ansätzen und Shklars Position nach Forrester weni-

In diesem Sinne ist meine Darstellung gleichzeitig eine Re- und eine Konstruktion des Realismus. Denn einerseits systematisiere und strukturiere ich vorhandene Aspekte des Denkens der erwähnten Autor\_innen, andererseits forme ich dabei einen kohärenten Ansatz, der als solcher nicht bereits gegeben ist, und entwickle diejenigen Aspekte, die mir ausbaufähig scheinen, über die Werke dieser Autor\_innen hinaus. Bei der Rekonstruktion werde ich zudem zeigen, worin meiner Meinung nach die Besonderheiten des gegenwärtigen philosophischen Realismus in Abgrenzung zu anderen realistischen Ansätzen (und insbesondere zum „klassischen“ Realismus) bestehen. Denn obwohl die Bezeichnung „Realismus“ teilweise von diesen Autor\_innen selbst benutzt wird, werden nicht nur Kontinuitäten, sondern auch Zäsuren zum klassischen Realismus deutlich. Bei der Weiterentwicklung des realistischen Ansatzes werde ich mich vor allem darauf konzentrieren, das kritische und transformative Potenzial dieser realistischen Strömung zu entfalten. Denn in diesem Potenzial liegt meiner Meinung nach die grundsätzliche Originalität des gegenwärtigen Realismus, wodurch er sich letztendlich am deutlichsten von anderen Formen des Realismus abhebt. Aus diesem Grund kann er am besten als „kritischer Realismus“ bezeichnet werden, obwohl diese Bezeichnung nicht von den erwähnten Autor\_innen selbst verwendet wird. Seine grundlegenden Aspekte werden in der folgenden Charakterisierung geschildert.

## 2 Grundzüge des kritischen Realismus

Die von mir vorgeschlagene Charakterisierung des gegenwärtigen Realismus fußt auf den folgenden fünf Grundelementen: (1) Priorität der Politik vor der Moral, (2) Priorität der (historischen) Fakten vor den Prinzipien, (3) Kontextgebundenheit, (4) Negativismus und (5) Immanenz der Leitprinzipien. Wie ich herausstellen werde, bestehen diese fünf Elemente mehr aus methodologischen Hinweisen als aus inhaltlichen Postulaten, weshalb diese neue Variante des Realismus auch als „methodologischer Realismus“ bezeichnet werden kann.<sup>52</sup> Für jeden Aspekt werde ich als

---

ger bedeutend erscheint als hier dargestellt, werde ich im Folgenden weiter auf Forresters Abhandlungen verweisen, weil sie nichtdestotrotz fruchtbare Hinweise für die Interpretation der Werke Williams' und Shklar's liefern.

52 Für eine Diskussion der Frage, ob der gegenwärtige Realismus eine substanzielle Position oder eher eine methodologische Ausrichtung darstellt, vgl. Rossi; Sleat, *Realism in Normative Political Theory*, 695–696. Im Folgenden werde ich die

erste Annäherung eine generelle Definition bieten. Anschließend werde ich jeden Aspekt spezifizieren, zunächst durch Abgrenzung zu dem für ihn spezifischen Gegenbegriff, zweitens durch Verweis auf die relevanten Stellen in den Werken der Vertreter\_innen des gegenwärtigen Realismus und schließlich durch den Vergleich mit den korrespondierenden Aspekten des „klassischen“ Realismus.

## 2.1 Die Priorität der Politik vor der Moral

Das erste Grundprinzip des gegenwärtigen kritischen Realismus besteht in der Aufforderung an die politische Philosophie, von *innerhalb* der Politik her anzufangen. Sowohl die Fragen als auch die Antworten der politischen Philosophie sollen in Auseinandersetzung mit den spezifischen Charakteristika des Politischen erarbeitet werden.

Aus dieser Perspektive betrachtet setzt sich der Realismus dem Moralismus entgegen und manifestiert seinen Ursprung als Gegenentwurf zum rawlsschen Ansatz am deutlichsten.<sup>53</sup> Der Kern des rawlsschen Ansatzes, den die Realist\_innen kritisieren, besteht darin, zunächst eine kohärente moralische Theorie zu entwickeln, die grundlegende Prinzipien festlegt und ordnet sowie die Maßstäbe liefert, um in einem zweiten Schritt unsere soziale Realität zu bewerten und „gerechter“ zu gestalten.<sup>54</sup> Politik erscheint somit als ein Anwendungsfeld der Ethik: Vorformulierte moralische Werte und Vorstellungen sollen im politischen Bereich realisiert werden.<sup>55</sup> Dagegen soll eine realistische politische Philosophie vorrangig

---

Adjektive „kritisch“, „gegenwärtig“ und „methodologisch“ synonym zur Bezeichnung des von mir rekonstruierten Ansatz verwenden.

53 Für Williams ist Moralismus – verstanden als Ansatz, der der Moral Priorität vor der Politik verleiht – kein exklusives Problem von Rawls' Theorie (und den von ihm inspirierten Theorien) allein. Nach Williams vereint vielmehr der Moralismus den rawlsschen Ansatz mit dem Utilitarismus. Vgl. Williams, *In the beginning was the deed*, 1–3.

54 Vgl. Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 18–22; Schaub, Ideale und/oder nicht-ideale Theorie – oder weder noch?, 394.

55 Vgl. Schaub, Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik, 9. Zu der Frage, ob Rawls dieser Charakterisierung seines Ansatzes zustimmen würde, und dazu, wie Rawls Geuss' Einwände erwidern würde, vgl. Freyenhagen, Fabian; Schaub, Jörg, Hat hier jemand gesagt, der Kaiser sei nackt? Eine Verteidigung der Geuss'schen Kritik an Rawls' idealtheoretischem Ansatz, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 58/3, 2010, 457–477. Zur Verteidigung der Position Rawls' gegen die realistische Kritik vgl. Thomas, Alan, Rawls and



mit Begriffen arbeiten, die das Spezifikum des Politischen ausmachen, wie Macht und sein „normatives Korrelat“,<sup>56</sup> nämlich Legitimation.<sup>57</sup>

Was dies für eine realistische Konzeption von Politik bedeutet, wird aus der Gegenüberstellung der bekannten Behauptung von Rawls, Gerechtigkeit sei „die erste Tugend sozialer Institutionen“,<sup>58</sup> mit der „ersten politischen Frage“ von Williams ersichtlich. Nach Williams' Auffassung besteht diese darin, wie ein politisches System „Ordnung, Schutz, Sicherheit, Vertrauen und die Bedingungen der Kooperation“<sup>59</sup> sichern kann. Diese ist „die erste politische Frage“, weil sie das Problem darstellt, das die Politik als erstes lösen muss. Die erste politische Tugend, so könnte Rawls paraphrasiert werden, ist daher Ordnung, nicht Gerechtigkeit.<sup>60</sup>

Die Erschaffung und Aufrechterhaltung der Ordnung ist also für Williams eine notwendige Voraussetzung, um einen politischen von einem un- oder vorpolitischen Zustand zu unterscheiden. Sie ist aber noch keine hinreichende Bedingung, um eine politische Ordnung als solche anzusehen. Als solche unterscheidet die Sicherung der Ordnung eine politische Organisation von einem anarchischen Zustand, nicht aber notwendigerweise von anderen organisierten Formen der Koordination menschlichen Handelns. Schließlich, wie bekanntlich bereits Augustinus bemerkte, weisen auch „Räuberbanden“ eine bestimmte Form von Organisation und Koordinierung auf, denn auch sie sind „eine Schar von Menschen, geleitet vom Willen eines Führers, die durch einen Gesellschaftsvertrag zusammengehalten werden und die Beute nach einem Gesetz der Übereinkunft verteilen“.<sup>61</sup>

---

political realism: Realistic utopianism or judgement in bad faith?, in: *European Journal of Political Theory*, 16/3, 2017, 304–324 und Jubb, Robert, *Playing Kant at the Court of King Arthur*, in: *Political Studies*, 63/4, 2015, 919–934.

56 Williams, *In the beginning was the deed*, 77, Übersetzung E.O. Vgl. auch ähnlich: Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 52–56, 124–128. Dazu Schaub, *Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik*, 10.

57 Für eine kompakte Formulierung des Hauptarguments des Realismus und für einen Fokus auf Legitimität vgl. auch Runciman, *What Is Realistic Political Philosophy?*, 65–66.

58 Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, 19.

59 Williams, *In the beginning was the deed*, 3, Übersetzung E.O.

60 Diese wirkungsvolle Formulierung stammt von Galston, *Realism in political theory*, 388.

61 Der vollständige Passus lautet: „Was sind schließlich Reiche ohne Gerechtigkeit andres als große Räuberbanden, da doch Räuberbanden auch nichts andres sind als kleine Reiche? Sie sind eben eine Schar von Menschen, geleitet vom Willen eines Führers, die durch einen Gesellschaftsvertrag zusammengehalten werden und die Beute nach einem Gesetz der Übereinkunft verteilen. Wächst solch eine üble Bande durch den Beitritt verworfener Menschen derart an, daß sie Gebiete

Der Unterschied zwischen einer politischen Organisation und anderen Systemen, die zu einem gewissen Grad auch Ordnung sichern und menschliche Kooperation ermöglichen, ist dementsprechend woanders zu suchen. Williams weist den Weg dorthin, indem er argumentiert, dass zur Lösung des ersten politischen Problems auch die Garantie gehört, dass diese Lösung „nicht Teil des Problems wird“. <sup>62</sup> Die politische Ordnung soll dabei vermeiden, die gleichen grundsätzlichen Übel zu reproduzieren, die sie eigentlich beseitigen soll, nämlich „physischen Zwang, Folter, Erniedrigung, Leid und Tod“. <sup>63</sup> Eine *politische* Ordnung muss also auch diese zweite Voraussetzung erfüllen, woraus sich die Bedingungen ihrer Legitimität ergeben. Williams' Gedankengang weist eine gewisse Zirkularität auf, wenn er diese Bedingung als notwendig für die Unterscheidung zwischen einem *legitimen* Staat und einer Terrorherrschaft bezeichnet. Wie ich gezeigt habe, kann aber diese Bedingung als notwendig für die Unterscheidung zwischen einem politischen und einem (organisierten, jedoch) nicht politischen Zustand erachtet werden, ohne die Bedingung der Legitimität durch die Bezeichnung des Staates als „legitim“ von vornherein vorauszusetzen. Williams scheint diese Interpretation zu unterstützen, indem er den möglichen Einwand, seine Bedingungen der Legitimität seien selbst moralische Prinzipien, dadurch entkräftet, dass er behauptet:

If it is [a moral principle], it does not represent a morality which is prior to politics. It is a claim that is inherent in there being such a thing as politics: in particular, because it is inherent in there being first a political question. <sup>64</sup>

---

besetzt, Niederlassungen gründet, Staaten erobert und Völker unterwirft, dann legt sie sich ganz unverhüllt den Namen ‚Reich‘ bei, den ihr die Öffentlichkeit deshalb um so lieber zugesteht, weil ihr auf solche Weise ihre Habgier nicht verwehrt wird, sondern sich nur die Straflosigkeit erhöht. Darum war auch die Antwort fein und wahr, die ein ertappter Seeräuber jenem großen Alexander gab: Der König fragte, wie er denn dazu käme, das Meer unsicher zu machen. Da sagte der Mann in seinem freimütigen Stolz: „Machst du es mit dem Erdkreis anders? Ich freilich mit meinem winzigen Schiff werde Räuber genannt, aber dich mit der großen Flotte nennen sie den siegreichen Feldherrn.“ Augustinus, *Der Gottesstaat*, hg. V. Perl, Carl Johann. Paderborn: Ferdinand Schöningh 1979, Buch IV, 4.

<sup>62</sup> Williams, *In the beginning was the deed*, 4, Übersetzung E.O.

<sup>63</sup> Schaub, Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik, 18.

<sup>64</sup> Williams, *In the beginning was the deed*, 5. Williams scheint jedoch insgesamt zwischen diesen zwei Positionen zu schwanken: der ersten, zirkulären, wonach Legitimität die Bedingung einer *legitimen* Herrschaft sei, und der zweiten, wonach Le-

Somit besteht die Stärke dieses Ansatzes darin, nicht nur die Kategorien der Macht und der Ordnung als charakteristisch für das Politische anzuerkennen, sondern auch darin, die Kategorie der Legitimität als konstitutiv für die Politik zu beweisen. Die normative Dimension der Legitimität muss nicht *von außerhalb* der Politik in den Bereich des Politischen eingeführt werden, sondern sie ist der Politik eigentümlich.<sup>65</sup> Das Konzept der Legitimität und die Notwendigkeit für eine politische Organisation, sie zu berücksichtigen, sind in der Politik selbst begründet, weil sie genau in dem Moment entstehen, in dem sich politische Macht konstituiert. Anders ausgedrückt: Die Sicherung der gesellschaftlichen Ordnung, welche die erste Aufgabe einer politischen Macht ist, enthält gleichzeitig auch die Beschränkung der Macht selbst. Diese Beschränkung ist in Williams' Formel, dass die Lösung nicht „Teil des Problems“ werden darf, enthalten. Diese Bedingung der Legitimität ist somit begrenzt, bleibt aber gleichzeitig offen. Sie ist begrenzt, weil die Bedingung durch eine Einschränkung der Macht erfüllt werden muss (welche vermeidet, dass die Ausübung der Macht wieder Leid, Tod, Angst, Unsicherheit etc. herbeiführt). Sie ist aber auch gleichzeitig offen, weil sie nicht vorschreibt, wo die Grenze zu ziehen ist, nach der die Lösung „Teil des Problems“ wird.<sup>66</sup>

---

gitimität den Unterschied zwischen einer politischen Herrschaft und irgendeiner anderen Form der erfolgreichen Machtausübung markiere. Als Beispiel für die erste Position vgl.: „At the basic level, the answering of the ‚first‘ question does involve a principle, the BLD [Basic Legitimation Demand, Anmerkung E.O.]. The approach is distinguished from that of PM [Political Moralism, Anmerkung E.O.] by the fact that this principle, which comes from a conception of what could count as answering a demand for justification of coercive power, if such a demand genuinely exists, is implicit in the very idea of a legitimate state, and so is *inherent in any politics*.“ Ebd., 8, Kursivsetzung E.O. Als Beispiel der zweiten Position vgl.: „The situation of one lot of people terrorizing another lot of people is not a *political* situation; it is, rather, the situation which the existence of the political is in the first place supposed to alleviate (replace).“ Ebd., 63, Kursivsetzung E.O.

- 65 Zu einer ähnlichen Interpretation der Konzeption von Williams, wonach der Legitimitätsanspruch der Politik inhärent ist, gelangen auch Sleat, Bernard Williams and the possibility of a realist political theory, 487, 493; Hall, Edward, Bernard Williams and the Basic Legitimation Demand: A Defence, in: Political Studies, 63/2, 2015, 466–480, hier 469 und Galston, Realism in political theory, 389. Den gleichen Gedanken, den ich hier in Anlehnung an Williams rekonstruiere, drückt auch Geuss aus, indem er behauptet, dass Macht in der politischen Praxis unvermeidbar mit Legitimierungsanstrengungen verflochten ist. Vgl. Geuss, Realismus, Wunschdenken, Utopie, 422.
- 66 Wie diese Legitimitätsbedingung von verschiedenen politischen Systemen erfüllt wird, ist, mit anderen Worten, historisch bedingt und kontextabhängig. Wil-

Hiermit wird auch klar, dass für den gegenwärtigen Realismus die Forderung an die politische Philosophie, von innerhalb der Politik her ihren Ausgangspunkt zu nehmen, keinerlei Abwertung der Normativität impliziert. Priorität der Politik vor der Moral bedeutet weder vollständige Autonomie der Politik von der Moral noch die Unbedeutsamkeit der Moral für die Politik noch schließlich die apriorische Ablehnung moralischer Prinzipien. Wie Geuss dies auf den Punkt bringt, lehnt der methodologische Realismus den Vorrang der Moral bei der Beantwortung politisch-philosophischer Fragen ab, jedoch nicht die Auffassung, dass Wertvorstellungen relevant für die Politik sind. Geuss stimmt sogar einer Konzeption der Politik als „angewandter Ethik“ zu, solange diese auf die allgemeine Behauptung der Nicht-Wertfreiheit der Politik beschränkt wird.<sup>67</sup> Werteinstellungen spielen eine Rolle in der Politik und können das politische Handeln beeinflussen. Diese Wertvorstellungen sind aber, anders als von den idealen Theorien der Politik postuliert, in der menschlichen Realität „unausgegoren, veränderlich, unscharf umrissen und in ihrem Inhalt nur sehr grob artikuliert“ und können daher nicht in einer konsistenten, widerspruchsfreien Theorie systematisiert werden, die das politische Handeln leiten soll.<sup>68</sup>

Wie erwähnt, geht das Werk Shklars der Diskussion über den methodologischen Realismus voraus. Dabei kann ihr Werk als eine *ante-litteram*-Verwirklichung von dessen Prinzipien angesehen werden.

Rückwirkend betrachtet ist die Behauptung von der Autonomie der Politik gegenüber der Moral zumindest vereinbar mit Shklars *Liberalismus*

---

liams, der diese Auffassung teilt, gelangt jedoch letztendlich zu einem Legitimitätskern, der universal gilt. Mehr dazu unten Abschnitt 2.3.

67 Vgl. Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 11.

68 Parallelen zur Rechtstheorie sind bei Jestaedt zu finden. Jestaedt betont im Hinblick auf die Rechtstheorie, dass diese „ein realistisches, d. h. den normativen (!) Realitäten [...] entsprechendes Bild zu zeichnen“ hat. Jestaedt, *Das mag in der Theorie richtig sein ... vom Nutzen der Rechtstheorie für die Rechtspraxis*, 32. Zum Zusammenhang von Recht und Tatsachen vgl. ebd., 42 und Kelsen, Hans, Was ist juristischer Positivismus?, in: *Juristenzeitung*, 20/15/16, 1965, 465–468. Für das Verständnis von Recht als „normativem Faktum“ und den spezifischen Existenzmodus der Rechtsnormen, nämlich die Geltung, vgl. Jestaedt, *Das mag in der Theorie richtig sein ... vom Nutzen der Rechtstheorie für die Rechtspraxis*, 28 und Kelsen, Hans, *Reine Rechtslehre. Einleitung in die rechtswissenschaftliche Problematik*, hg. v. Jestaedt, Matthias. Studienausg. der 1. Aufl. 1934. Tübingen: Mohr Siebeck 2008, 22.

der Furcht.<sup>69</sup> Shklars Liberalismus ist dezidiert moralisch „eklektisch“,<sup>70</sup> in dem Sinne, dass er sich zu keiner besonderen moralischen Theorie verpflichten muss. Diese politische Konzeption fußt etwa weder auf einer Theorie des moralischen Pluralismus, noch muss sie sich zwischen kantianischen und utilitaristischen Ethiken entscheiden.<sup>71</sup> Der Liberalismus der Furcht nimmt sozusagen eine minimalistische moralische Position ein:

[...] er bietet [...] kein *summum bonum*, nach dem alle politischen Akteure streben sollten, sondern geht von einem *summum malum* aus, das wir alle kennen und nach Möglichkeit zu vermeiden trachten. Dieses Übel ist die Grausamkeit und die Furcht, die sie hervorruft, und schließlich die Furcht vor der Furcht selbst.<sup>72</sup>

Shklars philosophisch-politischer Vorschlag fußt auf diesen minimalistischen Gründen: Er setzt keine moralischen oder ideologischen Endziele voraus. Vor diesem Hintergrund steht Shklars Ansatz durchaus im Einklang mit der späteren Auffassung des methodologischen Realismus, dass politische Philosophie keine ihr vorrangige ausgearbeitete Theorie der Moral braucht.

In Anerkennung der Relevanz der Ethik wird die Distanz des gegenwärtigen Realismus zum klassischen Realismus offensichtlich. Wie Pier Paolo Portinaro ausgeführt hat, konkretisiert sich das Grundprinzip der Autonomie der Politik gegenüber der Moral in dem klassischen Realismus entweder in der Amoralität der Politik, in ihrer Immoralität oder in ihrer Sittlichkeit.<sup>73</sup> Nach ersterer Auffassung darf Politik nicht nach moralischen Kriterien (etwa gerecht/ungerecht) evaluiert werden, sondern nur nach ihren eigenen Maßstäben, wie etwa Erfolg/Misserfolg.<sup>74</sup> Moralische

69 Zusammengefasst kann die These von der Autonomie der Politik gegenüber der Moral in der „schwachen“ Formulierung des gegenwärtigen Realismus als Aufforderung verstanden werden, *von der Politik selbst auszugehen*, um die Politik zu verstehen und zu evaluieren.

70 Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 46.

71 Vgl. ebd., 43–49.

72 Ebd., 43.

73 Vgl. Portinaro, *Il realismo politico*, 56–60.

74 Bekanntlich wurde diese Position von Machiavelli vertreten, vgl. Machiavelli, Niccolò, *Der Fürst*, hg. v. Rudolph, Enno. Hamburg: Meiner 2019, XVIII (Originaltitel *De Principatibus*, verfasst 1513, zuerst veröffentlicht als *Il Principe*, 1532) und Machiavelli, Niccolò, *Discorsi. Gedanken über Politik und Staatsführung*, hg. v. Zorn, Rudolf. Stuttgart: Kröner 1977, III, 41 (Originaltitel *Discorsi sopra la prima Deca di Tito Livio*, postum zuerst veröffentlicht 1531). Vgl. Portinaro, *Il realismo politico*, 56–57.

und rechtliche Prinzipien sind nicht nur inadäquat für die Beurteilung politischen Handelns, sondern auch ineffektiv, um die Willkür und Exzesse der Macht einzugrenzen.<sup>75</sup> Die zweite Auffassung, welche die Immoralität der Politik behauptet, geht von der Unvereinbarkeit der Handlungsmaximen der Politik und derjenigen der Moral aus. Moralische und politische Handlungsprinzipien sind gegensätzlich, und ethische Prinzipien sind für das politische Handeln sogar schädlich.<sup>76</sup> Die letzte Position, welche die Sittlichkeit der Politik postuliert, verneint die Relevanz von Wertvorstellungen für die Politik nicht. Die relevanten Prinzipien sind aber nicht von der Ethik abzuleiten, die für das Handeln einzelner Menschen gilt. Politische Akteur\_innen, *in primis* der Staat, haben ein eigenes Wertesystem, das demjenigen der einzelnen Menschen überlegen ist. An der Spitze eines solchen Systems steht typischerweise das Prinzip der Selbsterhaltung des Staates, in dessen Namen das Prinzip der *individuellen* Selbsterhaltung geopfert werden kann.<sup>77</sup>

In Bezug auf die ersten zwei Varianten von der Autonomie der Politik gegenüber der Moral ist der Unterschied zwischen dem klassischen und dem gegenwärtigen Realismus offensichtlich. Das, was die erste Variante des klassischen Realismus ausschließt (die Relevanz der moralischen Wertvorstellungen für das politische Handeln), wird vom gegenwärtigen Realismus akzeptiert, wie oben dargestellt. Was die zweite Variante der Autonomie der Politik gegenüber der Moral angeht, kann der Unterschied am besten wie folgt charakterisiert werden: Während der klassische Realismus die Unvereinbarkeit von Moral und Politik affirmiert, ist die Priorität der Politik vor der Moral im gegenwärtigen Realismus methodologisch gesetzt. Diese methodologische Voraussetzung gibt vor, wo die politische Theorie ihren Anfang nehmen soll (nämlich in der Politik selbst), bleibt aber in Bezug auf die Zielrichtung (Vereinbarkeit der politischen und moralischen Prinzipien) offen.

Der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Realismus ist aber in Bezug auf die dritte Modulation der Autonomie der Politik von der Moral, oben als „Sittlichkeit“ der Politik definiert, am bedeutendsten. Denn der gegenwärtige Realismus – und das ist meiner Meinung nach eines sei-

---

75 Vgl. Portinaro, *Il realismo politico*, 56–57.

76 Vgl. ebd., 58–59. Portinaro zeigt aber auch, dass diese Position selten in Reinform vertreten wird, sondern häufig mit der ersten These (von der Amoralität der Politik) kombiniert wird.

77 Vgl. ebd., 59–60. Die klarste Auslegung dieser Auffassung ist in Hegels Rechtsphilosophie zu finden. Vgl. Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*. Hamburg: Meiner 2015, § 337 (zuerst veröffentlicht 1820).

ner entscheidendsten Merkmale – ermöglicht die Vereinigung der Priorität der Politik mit dem Individualismus. Indem das politische System, um genuin *politisch* zu sein, auch in der Ausübung der eigenen Macht – und nicht nur, wenn sie von anderen Akteur\_innen ausgeht – die Erzeugung von Unsicherheit, Angst und Terror vermeiden soll, wird der Respekt vor dem Einzelnen und seiner Würde als *mögliche* Begründung der Legitimität in die Verfassung des Politischen selbst eingebaut. Es ist kein Zufall, dass Williams die „erste politische Frage“ in hobbesschen Begriffen formuliert. Denn bei Hobbes wird mit der individualistischen Auffassung der Politik der Bruch mit der antiken und mittelalterlichen Konzeption der Politik markiert, obwohl Hobbes selbst die Implikationen eines solchen Bruchs in seiner Theorie nicht entfaltet.<sup>78</sup> Ebenfalls bedeutend ist die Auffassung von Williams, dass sein Ansatz zu einer Konzeption führt, die in die gleiche Richtung wie Shklars *Liberalismus der Furcht* geht, also zu einer *liberalen*

---

78 Über das Verhältnis seiner Theorie zur politischen Philosophie von Hobbes vgl. Williams, *In the beginning was the deed*, 3–4. Hobbes (vgl. *Leviathan: oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*) konzentriert seine Anstrengungen darauf, den politischen vom anarchistischen Zustand zu unterscheiden, ist aber weniger daran interessiert, den politischen Zustand von einer – mit Williams' Worten – „Terrorherrschaft“ klar zu differenzieren, sodass der Leviathan sich in einem absolutistischen Staat entfaltet. Williams' Ansatz unterscheidet sich aber, nach meiner Interpretation, genauso von Lockes Lösung des Problems der Machtbegrenzung (vgl. *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, hg. v. Euchner, Walter. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006, zuerst veröffentlicht 1689). Für Locke sind die Grenzen der Macht bekanntlich durch die natürlichen Rechte des Individuums (Eigentum, Leben, Freiheit) definiert, also Rechte, die *außerhalb* der Politik (im Naturzustand) ihren Ursprung haben und von dort in den politischen Bereich überführt werden. Williams' Originalität besteht dagegen darin, die Legitimitätsbedingung zu setzen, ohne an extrapolitische Prinzipien zu appellieren, sondern als Lösung zu einem spezifisch politischen Problem. Williams' Ansatz hat zudem meiner Meinung nach gegenüber klassischen und neu-kontraktualistischen Theorien den Vorteil, dass er die problematische These, dass politische Gehorsam im Konsensus der Individuen begründet sei, vermeidet. Zur Diskussion des Problems des Konsensus als Basis der politischen Verpflichtung vgl. insbesondere Pateman, Carole, *The Problem of Political Obligation. A Critical Analysis of Liberal Theory*. Chichester: John Wiley & Sons 1979; Simmons, Alan John, *Justification and legitimacy: essays on rights and obligations*. Cambridge: Cambridge University Press 2001; vertiefend zum Individualismus vgl. Kapitel 2 des vorliegenden Buches. Zur Frage, ob der Kompromiss-Begriff einen Ersatz für den Konsensus innerhalb einer realistischen politischen Philosophie bieten kann, vgl. Rossi, Enzo, Consensus, compromise, justice and legitimacy, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, 16/4, 2013, 557–572. Die wichtigen Implikationen der Abkopplung der Legitimität vom Konsensus werde ich im neunten Kapitel dieses Buches verdeutlichen.



politischen Konzeption.<sup>79</sup> In Hinblick auf die Konzeption der Beziehung zwischen Politik und Moral kann der gegenwärtige Realismus also auch als „schwacher“<sup>80</sup> Realismus bezeichnet werden, weil die behauptete Autonomie der Politik von der Moral viel unschärfer ist als in den früheren Varianten des Realismus.<sup>81</sup>

## 2.2 Realismus als Empirismus: Zu den Fakten selbst!<sup>82</sup>

Im vorigen Abschnitt habe ich das Verhältnis zwischen Politik und Moral so geschildert, wie es vom kritischen Realismus definiert wird. In diesem Abschnitt werde ich nun das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis als Gegenstand einer realistischen politischen Philosophie erörtern.

Nach den Verfechter\_innen des gegenwärtigen Realismus soll die politische Philosophie zuerst untersuchen, wie Politik in einer Gesellschaft tatsächlich gestaltet wird, wie Institutionen funktionieren und warum Menschen so handeln, wie sie handeln. Raymond Geuss hat das Motto einer solchen Philosophie in der Formel *respice finem* kondensiert. Dies

---

79 Über die Vereinbarkeit von moralischem Skeptizismus und politischem Liberalismus bei Williams und Shklar vgl. Sagar, Paul, From Scepticism to Liberalism? Bernard Williams, the Foundations of Liberalism and Political Realism, in: Political Studies, 64/2, 2016, 368–384.

80 So etwa Schaub, Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik, 9.

81 Mit Christoph Menke gesagt, könnte die antinormativistische Auffassung des gegenwärtigen Realismus auch wie folgt charakterisiert werden: Sie ist keine antinormativistische Konzeption der Politik, sondern eine „antinormativistische Betrachtung der politischen Normativität“. Vgl. Menke, Christoph, Weder Rawls noch Adorno?, 448.

82 Die Anspielung auf Husserls bekanntes Schlagwort soll nicht als ein Parallelismus zwischen Phänomenologie und Realismus verstanden werden. Jedoch wurde die Nähe zur phänomenologischen Vorgehensweise bereits in Bezug auf Shklar hervorgehoben. Vgl. Liebsch, Burkhard, Bajohr, Hannes, Geschichte, Negativismus und Skepsis als Herausforderungen politischer Theorie: Judith N. Shklar, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 62/4, 2014, 633–659, hier 639. Für die Autoren ist Shklar eine „primär phänomenologisch vorgehende Autorin“, die „theoria“ im Sinne Gadamers als „dabei sein und infolge dessen [sic] sehen lassen, was ist“ betreibt, indem sie uns zuerst Beschreibungen anbietet und erst dann zu normativen Rekonstruktionen übergeht. Ebd., 644. Vgl. auch Gadamer, Hans-Georg, *Lob der Theorie: Reden und Aufsätze*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1983, 44–45. Zur Bedeutung von Husserls Ausspruch „zurück zu den Sachen selbst!“ vgl. Waldenfels, Bernhard, *Einführung in die Phänomenologie*. München: Fink 1992, 17–19.



wird aber nicht als Gebot verstanden, an den Tod zu denken, sondern als Aufforderung, „nicht bloß darauf“ zu schauen, „was sie sagen, denken, glauben, sondern darauf, was sie tatsächlich tun und was infolgedessen *tatsächlich geschieht*“.<sup>83</sup>

In dieser Hinsicht lautet der Gegenbegriff zum Realismus „Idealismus“. Letzterer kann allgemein als eine „Orientierung des Denkens und des Handelns auf eine urbildliche ‚Idee‘ oder [...] ein normatives Ideal“ verstanden werden.<sup>84</sup> Auf diesen Aspekt bezogen ist dann der methodologische Realismus eine Form von Empirismus.<sup>85</sup> Er verweist auf die Grenzen dessen, was durch logische Ableitung und „reine Vernunft“ erreichbar und beherrschbar ist, und erinnert uns an die Widersprüchlichkeit und Unreinheit der politischen Realität.<sup>86</sup>

Die Kontrastierung von Realismus und Idealismus betont einen anderen (wenn auch verwandten) Aspekt des Realismus als die oben erwähnte Abgrenzung von Politik und Moral, obwohl die beiden Aspekte häufig vermischt werden. Denn prinzipiell können sowohl eine moralische Theorie wie auch eine politische Theorie ideal oder realistisch (empiristisch) ausgerichtet sein, je nachdem, ob sie sich vorrangig mit Ideen und Idealen beschäftigen oder mit Fakten und Tatsachen.<sup>87</sup> Natürlich muss sich jede politische Philosophie, wie jede Ethik auch, letztendlich auch mit Idealen

---

83 Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 25.

84 Hoffmann, Thomas S., Idealismus, in: Hartmann, Martin; Offe, Claus (Hg.), *Politische Theorie und Politische Philosophie. Ein Handbuch*. München: C.H. Beck 2011, 26–30, hier 26.

85 Christoph Menke behauptet dagegen, der Realismus sei kein Empirismus. Vgl. Menke, Weder Rawls noch Adorno?, 447–448. Menke benutzt jedoch „Empirismus“ als Gegenbegriff zu „Normativismus“: Geuss’ Realismus sei dementsprechend kein Empirismus, weil er nicht negieren würde, dass Normen, Prinzipien und Wertungen keinen Platz in der Politik hätten und dass Politik nur ein Macht- und Interessenspiel wäre. In der Substanz stimmt also Menkes Argument mit meiner Diskussion der Normativität des Realismus, wie ich sie oben geführt habe, überein (vgl. Abschnitt 2.1).

86 Diese Widersprüchlichkeit und Unreinheit gelten nämlich nicht nur für die Politik, sondern auch für das Recht, wie es Jestaedt prägnant auf den Punkt gebracht hat: „Recht kann auch gelten, wenn es unlogisch, ja widersprüchlich ist“, Jestaedt, *Das mag in der Theorie richtig sein ... vom Nutzen der Rechtstheorie für die Rechtspraxis*, 84.

87 Dass die beiden Ebenen (Priorität der Politik vor der Moral und die der Fakten vor Idealen) häufig vermischt werden, ist auch dem Umstand geschuldet, dass der gegenwärtige Realismus hauptsächlich als Gegenentwurf zum rawlsschen Ansatz entstanden ist, welcher gleichzeitig Moral über Politik und (als ideale Theorie) Prinzipien über Fakten priorisiert.

und Prinzipien beschäftigen. Die Frage ist aber, wovon sie ihren Ausgangspunkt nimmt. Denn auch hier ist die Aufforderung des gegenwärtigen Realismus eine methodologische: Sie gibt den Ausgangspunkt vor – nämlich die Fakten –, schließt aber die Relevanz von Prinzipien und Ideen für die Politik nicht aus. Der Einstieg der politischen Philosophie erfolgt über das Handeln, gelangt aber über das Handeln zu Überzeugungen und Wertvorstellungen, die das Handeln beeinflussen.<sup>88</sup>

Die Priorität der Fakten und des Handelns für die politische Philosophie lässt zwei weitere Charakteristika einer realistischen politischen Philosophie in den Vordergrund rücken: die Zentralität der Institutionen und die heuristische Bedeutsamkeit der Geschichte.

Für den gegenwärtigen kritischen Realismus sind politische Institutionen keine Mittel zur Realisierung von im Voraus gesetzten Prinzipien, wie sie in einer ideal-orientierten Theorie erscheinen. Vielmehr, indem sie allgemeine und abstrakte Prinzipien ausdifferenzieren und konkretisieren müssen, um sie in konkreten Praktiken durchzusetzen, beeinflussen sie selber aktiv die Gestaltung des öffentlichen Verständnisses von Werten und Prinzipien.<sup>89</sup> Zudem sind Institutionen aus einer realistischen Perspektive deswegen wichtig, weil sie das politische Handeln strukturieren und die zentralen Mechanismen verkörpern, die der Ausuferung der Macht Einhalt gebieten können. Der kritische Realismus ist sich dabei gleichzeitig der Wichtigkeit und der Zerbrechlichkeit der politischen Institutionen bewusst: Komplexe institutionelle Mechanismen, wie eine „begrenzte Regierung und die Kontrolle ungleich verteilter politischer Macht“<sup>90</sup>, sind unverzichtbar, um Individuen gegen Machtmissbrauch zu schützen. Sie bieten aber auch an sich keine Garantie gegen das, was Shklar „öffentliche“ oder „institutionalisierte Grausamkeit“ nennt.<sup>91</sup>

Ebenfalls wichtig für den kritischen Realismus ist die Geschichte: Politik ist immer „historisch verortet“<sup>92</sup> – nur die Geschichte kann nach dieser Auffassung den Schlüssel dafür liefern, um Politik zu verstehen.

---

88 Vgl. Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 26.

89 Vgl. Galston, *Realism in political theory*, 393.

90 Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 42.

91 Ebd., 44 und 45.

92 Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 28. Ähnlich vgl. auch Williams, „political philosophy requires history“ (*In the beginning was the deed*, 53) und Tully, der seinen Ansatz als „practical and historical“ definiert (*Public Philosophy in a New Key [Ideas in Context]*. Cambridge: Cambridge University Press 2008, 18). Diese Sensibilität für die historische Verortung der politischen Konzepte und Probleme eint den methodologischen Realismus und die sogenannte *Cambridge historical*

Was die gegenwärtigen Realisten programmatisch zum Ausdruck bringen, tritt bereits im Werk von Judith Shklar hervor. Die politische Konzeption, die sie vertritt (nämlich den Liberalismus der Furcht), ist eine Reaktion auf „die unleugbaren Fakten“, die uns die „Weltgeschichte seit 1914“ präsentiert. Dazu gehören die Rückkehr der Folter als institutioneller Praktik und die „Schrecken der modernen Kriegsführung“.<sup>93</sup> Diese Fakten und die Erfahrung des Machtmissbrauchs als historischer Konstante müssen die Reflexion über Politik begründen und leiten. Das politische Denken soll von der Erinnerung an die Übel der Vergangenheit geprägt sein und das Verständnis der Politik auf diese aufbauen:

Jedes Blatt im Buch der politischen Geschichte rechtfertigt die Annahme zur Genüge, dass es immer Vertreter staatlicher Behörden geben wird, die sich im Großen wie im Kleinen regelmäßig gesetzwidrig und brutal verhalten werden, wenn man sie nicht daran hindert.<sup>94</sup>

Die konsequente Strategie des Liberalismus der Furcht fokussiert auf Schadensbegrenzung: Es müssen institutionelle Mechanismen geschaffen und am Leben gehalten werden, welche durch die Verteilung und Streuung der Macht Willkür und Brutalität abwenden können.<sup>95</sup>

Auch in diesem Fall ist ersichtlich, dass der gegenwärtige Realismus hauptsächlich als eine methodologische Ausrichtung zu verstehen ist: Er reduziert politische Philosophie nicht auf die Auflistung historischer Einzelfälle, noch verdammt er sie auf die Blickrichtung nach hinten, auf die Vergangenheit. Es ist möglich, auf die historische Reflexion aufzubauen, um diese für die Zukunft fruchtbar zu machen.

In Bezug auf die Zentralität der Geschichte ist eine klare Kontinuität zwischen dem klassischen und dem gegenwärtigen Realismus zu beobachten. Portinaro hat gezeigt, wie die Genese des Realismus in der Historiografie von Herodot und Thukydides zu verorten ist. Die epistemische Strategie des Realismus besteht auch in dessen alter Version in der Auseinandersetzung mit der Geschichte: „[S]ein Erkenntnismittel ist reflektieren-

---

*school*, vgl. Galston, *Realism in political theory*, 386. Andere Autor\_innen sprechen wie erwähnt von einem „Cambridge realism“, wozu Raymond Geuss, John Dunn und Bernard Williams zählen, vgl. Runciman, *What Is Realistic Political Philosophy?*, 62 und als Referenzwerke: Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*; Dunn, John, *The cunning of unreason: making sense of politics*. New York: Basic Books 2003; Williams, *In the beginning was the deed*.

93 Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 40.

94 Ebd., 41.

95 Vgl. ebd., 42–43, 48.

de Urteilkraft, eine Form der Erkenntnis, die nicht aus der Logik, sondern aus der Geschichte gelernt wird.“<sup>96</sup>

Auch in Bezug auf die Rolle der Institutionen ist es möglich, eine gewisse Kontinuität zwischen dem klassischen und dem gegenwärtigen Realismus zu erkennen. Der klassische Realismus ist durch das Bewusstsein der Zerbrechlichkeit der Institutionen geprägt. Historisch hat er aber eine ausdifferenzierte Auffassung der politischen Institutionen entwickelt, die letztendlich als ein wichtiges Instrument der Stabilisierung der politischen Macht angesehen werden. Die klassische realistische Konzeption der Institutionen wird ebenso wie die gegenwärtige, aber dezidiert durch eine materielle (statt formelle) Ausprägung charakterisiert. Ihr ist stets bewusst, dass hinter den Institutionen Menschen stehen, von denen das aktuelle Funktionieren der Institutionen abhängt, dass politische (oder exekutive) Institutionen wichtiger sind als die Kontrollinstanzen und dass Institutionen auf materiellen Zuständen fußen, die häufig durch Konflikt, Chaos und Irrationalität geprägt sind.<sup>97</sup>

### 2.3 „Im Anfang war die Tat“: die Kontextgebundenheit der politischen Philosophie

Für den gegenwärtigen Realismus sind Fakten nicht nur aus einer deskriptiven Perspektive wichtig, sondern auch normativ bedeutend. Denn die Geschichte liefert nicht nur die Mittel, um unsere Gegenwart zu verstehen,

---

96 Portinaro, *Il realismo politico*, 33, Übersetzung E.O. Vgl. auch Portinaro, Grundsätzliches oder Selbstverständliches zum Politischen Realismus, 353–354, 359. Die Historiografie von Thukydides wird auch explizit von Williams und Geuss als Vorbild deklariert: vgl. Geuss, Raymond, *Outside Ethics*. Princeton: Princeton University Press 2009, 219–233 und Williams, Bernard Arthur Owen, *Scham, Schuld und Notwendigkeit: eine Wiederbelebung antiker Begriffe der Moral*. Berlin: Akademie Verlag 2000.

97 Vgl. Machiavelli, *Discorsi*, I, 2; für eine Rekonstruktion des machiavellischen Realismus vgl. Ritter, Gerhard, *Die Dämonie der Macht. Betrachtungen über Geschichte und Wesen des Machtproblems im politischen Denken der Neuzeit*. München: Leibniz-Verlag 1948. Für eine realistische Konzeption der politischen Institutionen vgl. auch Portinaro, *Il realismo politico*, 104–110; Portinaro, Grundsätzliches oder Selbstverständliches zum Politischen Realismus, 358–359 und Zolo, *Die demokratische Fürstenherrschaft*.

sondern auch die normative Ausrüstung, um zu verstehen, was als „richtig“ oder „legitim“ gilt.<sup>98</sup>

Williams drückt dieses Prinzip des methodologischen Realismus durch eine Neudeutung des faustischen „Im Anfang war die Tat“ aus. Nach Williams kann die politische Theorie nicht allein entscheiden, was als legitim gilt, sondern sie muss dafür Bezug auf konkrete Praktiken nehmen. Legitimitätskonzeptionen sind, mit anderen Worten, eingebunden in die historischen Gegebenheiten:

No political theory, liberal or other, can determine by itself its own application. The conditions in which the theory or any given interpretation of it makes sense to intelligent people are determined by an opaque aggregation of many actions and forces.<sup>99</sup>

Der gegenwärtige Realismus kann in dieser Hinsicht als eine Form von Kontextualismus verstanden werden – den Gegenbegriff dazu bildet dann der *Universalismus*. Der Anti-Universalismus des gegenwärtigen Realismus hat aber eine schwache, hauptsächlich methodologische Natur. Er verneint nicht die Möglichkeit, allgemeine Aussagen zu treffen oder allgemeine Prinzipien festzulegen. Doch erstens dürfen diese nicht aus höheren Prinzipien abgeleitet werden. Stattdessen müssen sie durch die Auseinandersetzung mit Fakten und den historischen Erfahrungen erarbeitet werden. Wie Axel Honneth es in Bezug auf Shklars Werk ausgedrückt hat, sind generelle Aussagen „legitim nur auf dem Weg des Herauspräparierens von Gemeinsamkeiten zwischen möglichst vielen Einzelfällen zu gewinnen“,<sup>100</sup> Zweitens können abstrakte, allgemeine Prinzipien allein keine Maximen für das Handeln liefern: Konkrete Lösungen für spezifische Probleme können nur unter Berücksichtigung des Kontextes erarbeitet werden.<sup>101</sup>

98 Vgl. Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 47–56 und Williams, *In the beginning was the deed*, 62–74.

99 Williams, *In the beginning was the deed*, 28.

100 Honneth, Axel, Vorwort, in: Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 7–25, hier 10. Dieses methodologische Vorgehen vereint, wie auch Honneth unterstreicht, Shklar und Arendt. Vgl. vertiefend Arendt, Hannah, A Reply, in: *The Review of Politics*, 15/1, 1953, 76–84 und Orrù, Elisa, The Schengen Information System and Data Retention. On Surveillance, Security and Legitimacy in the European Union, in: Orrù, Elisa; Porcedda, Maria Grazia; Weydner-Volkman, Sebastian (Hg.), *Rethinking Surveillance and Control. Beyond the „Security vs. Privacy“ Debate*. Baden-Baden: Nomos 2017, 115–136, hier 119–120.

101 Vgl. Galston, *Realism in political theory*, 396. In eine ähnliche Richtung die Wichtigkeit der Kontextualisierung im Bereich der Rechtstheorie betonend vgl.

Wenn sich der gegenwärtige Realismus in dieser Hinsicht vom Universalismus distanziert, pflegt er gleichzeitig nicht in eine Form von Relativismus zu geraten. Williams arbeitet eine sehr ausdifferenzierte Position aus, die darauf abzielt, die vorgeschlagene Form von Kontextualismus als nicht universalistisch und gleichzeitig als nicht relativistisch zu charakterisieren. Er lehnt das ab, was er als „Falle des Universalismus“ bezeichnet, nämlich die Überzeugung, dass eine korrekte moralische oder politische Theorie für alle Zeiten und Menschen gelten muss.<sup>102</sup> Wenn das nicht der Fall ist, so der Rückschluss des Universalismus, dann ist die Theorie falsch und sollte aufgegeben werden – oder, wie Williams mit Bezug auf Rorty schlussfolgert, sollten wir sie in der Praxis aufrechterhalten, aber uns theoretisch davon distanzieren.<sup>103</sup>

Um diese Entweder-oder-Alternative zu umgehen, schlägt Williams eine Unterscheidung zwischen normativen und evaluativen Auffassungen – etwa in Bezug auf die Legitimität einer Herrschaftsform – vor. Wenn wir eine Autorität als legitim anerkennen, tun wir es in einem normativen Sinn, einem Sinn, den wir als Orientierung für unser Handeln anerkennen. Diese „interne“ Art, eine Form von Autorität als sinnvoll anzuerkennen (als sinnvoll „für uns“), unterscheidet sich von einer evaluativen, aber nicht normativen Art, in der wir eine Autoritätsform als sinnvoll in Bezug auf einen anderen Kontext anerkennen. In diesem zweiten Fall sehen wir die „sinnvolle“ Autoritätsform nicht als Orientierung für unser Handeln.<sup>104</sup>

---

Jestaedt, *Das mag in der Theorie richtig sein ... vom Nutzen der Rechtstheorie für die Rechtspraxis*, 78–79.

102 Das hat auch die Konsequenz, dass nach dieser Auffassung diejenigen, die die Richtigkeit der Theorie nicht anerkennen, sich irren oder irrational sein müssen. Vgl. Williams, *In the beginning was the deed*, 68–69.

103 Vgl. ebd.

104 Vgl. ebd., 9–11. Hier ist Williams Polemik hauptsächlich gegen Habermas gerichtet. Williams teilt bis zu einem gewissen Grad Habermas' Prämisse, dass die Untersuchung moderner Gesellschaften sich zwischen „Faktizität und Geltung“ bewegen sollte. Jedoch kritisiert er die universalistischen Züge, die Habermas' Theorie annimmt, und insbesondere lehnt er dessen Auffassung ab, wonach nur liberal-demokratische Staaten legitim seien (vgl. Habermas, Jürgen, *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998). Für Williams hat es durchaus nicht liberale Autoritätsformen gegeben, die legitim waren.

Aufgrund dieser Unterscheidung wurde Williams für einen Kommunitaristen gehalten.<sup>105</sup> Diese Zuordnung ist aber irrtümlich, denn die Linie, die Williams zwischen „wir“ und den „anderen“ zieht, ist vielmehr historisch als kulturell, vielmehr politisch gesetzt als gegeben.<sup>106</sup> Weder behauptet er vereinfachend, dass für jede Gesellschaft dasjenige das Gute ist, was sie dafür hält, noch versteht er Gesellschaften als homogen und in sich geschlossene Einheiten:

Confronted with a hierarchical society in the present world, we cannot just count them as them and us as us: we may well have reason to count its members as already some of „us“.<sup>107</sup>

Eine relativistische Haltung ist für Williams nur insofern gerechtfertigt, als die Umstände, die wir beurteilen, außerhalb unserer kausalen Reichweite sind, weil sie, zum Beispiel, in der Vergangenheit liegen. Williams verdeutlicht das mit einem anschaulichen Beispiel:

Of course, we can imagine ourselves as Kant at the Court of King Arthur, disapproving of its injustices, but exactly what grip does this get on one's ethical or political thought?<sup>108</sup>

Dieses Schwanken zwischen Antiuniversalismus und Antirelativismus spiegelt sich auch in Williams' Konzeption der Legitimität wider. Einerseits schlägt Williams keine geschlossene Konzeption der Legitimität vor. Obwohl für ihn die liberale Lösung der Legitimitätsfrage die einzige ist, die „now and around here“<sup>109</sup> gültig ist, hat es historisch andere Formen legitimer Herrschaft gegeben. Die Tatsache, dass eine liberal-demokratische Form der Autorität heute als die einzig legitime erscheint, hat mit den historischen Bedingungen zu tun, welche seit der Aufklärung unsere Gesellschaft prägen. Andererseits kann nicht jede Form politischer Herrschaft als legitim gelten. Die Trennlinie liegt für Williams dort, wo die Lösung zur „ersten politischen Frage“ anfängt, selbst Teil des Problems zu wer-

---

105 Vgl. Hawthorn, Geoffrey, Introduction, in: Williams, Bernard Arthur Owen, *In the beginning was the deed: realism and moralism in political argument*. Princeton: Princeton University Press 2005, xi–xx, hier xiv. Vgl. auch Rossi; Sleat, Realism in Normative Political Theory, 695–696.

106 Vgl. insbesondere Williams, *In the beginning was the deed*, 68–69.

107 Ebd., vgl. auch S. 14.

108 Ebd., 66. Andererseits bedeutet die effektive Akzeptanz einer Autorität in einer bestimmten Gesellschaft nicht, dass diese Autorität auch legitim ist. Für die Möglichkeit einer immanenten Kritik vgl. unten Abschnitt 2.5.

109 Ebd., 8.



den. Das passiert, wie ich bereits verdeutlicht habe, wenn die politische Autorität dieselben grundlegenden Übel verursacht, die sie beseitigen soll, nämlich: „die grundlegendsten Menschenrechtsverletzungen, Folter, Überwachung, willkürliche Verhaftungen und Mord“. <sup>110</sup> Die Legitimation der politischen Autorität ist also direkt mit unserer Idee der Menschenrechte verbunden und impliziert die Vermeidung von grundlegenden Menschenrechtsverletzungen als ihren Kern. <sup>111</sup>

Hier besteht auch die einzige minimalistische und negativistische Spur von Universalismus in der Theorie von Williams. Sowohl für die Gegenwart als auch für die Vergangenheit gilt, dass „might is not per se right“, <sup>112</sup> dass eine Banditenbande noch keine politische Autorität ist, nur weil sie die Zwangsmittel besitzt, und dass eine politische Autorität ihren Adressat\_innen Gründe schuldet, die erklären, warum sie die Lösung gegen eine Terrorherrschaft ist und nicht die Terrorherrschaft selbst.

Die Kontextgebundenheit der normativen Aussagen hat aber auch radikalere Implikationen auf der epistemischen Ebene. Denn das, was die Realisten damit infrage stellen, ist das grundlegende Postulat der Trennung von Sein und Sollen, die so fundamental für rawlssche Ansätze ist. <sup>113</sup>

Wenn nur die historischen und kontextuellen Gegebenheiten der politischen Philosophie den Schlüssel dafür liefern könnten, um das Legitime vom Illegitimen zu unterscheiden, dann würde eine strikte Trennung zwischen präskriptiven und normativen Aussagen die politische Theorie auf eine rein deskriptive Disziplin reduzieren. Der gegenwärtige Realismus verzichtet aber nicht auf die normative Dimension, stattdessen relativiert er die Trennung zwischen Sein und Sollen. Geuss hat diesen Aspekt des realistischen Ansatzes am klarsten verdeutlicht:

---

110 Williams, *In the beginning was the deed*, 69, Übersetzung E.O.

111 Vgl. Williams, *In the beginning was the deed*, 63 und Galston, *Realism in political theory*, 390. Obwohl hier Williams' Theorie besonders nah an Shklars politische Konzeption rückt, nimmt Shklar grundsätzlich eine viel offensivere universalistische Position ein. Vgl. Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 43, 54–57. Beide Autor\_innen wurden aufgrund des Zulassens einer (wenn auch minimalistischen) universalistischen Konzeption der Menschenrechte als inkohärent kritisiert, vgl. Forrester, Judith Shklar, Bernard Williams and political realism, 265 und Flathman, Richard, In and out of the ethical: The realist liberalism of Bernard Williams, in: *Contemporary Political Theory*, 9/1, 2010, 77–98.

112 Williams, *In the beginning was the deed*, 69.

113 Die Trennung zwischen Sein und Sollen wurde bekanntlich durch David Hume geprägt, vgl. Hume, David, *Ein Traktat über die menschliche Natur*, hg. v. Brandt, Horst D. Hamburg: Meiner 2013 (Originalfassung *A Treatise of Human Nature*, 1739–1740).



In manchen Kontexten mag eine *relative* Unterscheidung zwischen „den Fakten“ und den menschlichen Bewertungen dieser Fakten (oder „Normen“) ganz nützlich sein. Aber die Einteilung ergibt nur bezogen auf den Kontext wirklich Sinn und kann nicht aus diesem Kontext herausgelöst und für sich genommen aufgewertet werden, sodass man letztlich erklärt, sie habe unbedingten Status.<sup>114</sup>

Die Position des gegenwärtigen Realismus ist also auch in diesem Fall sehr nuanciert und in einem gewissen Sinne „schwach“: Sie verkörpert keinen „Frontalangriff“<sup>115</sup> auf die Unterscheidung zwischen Fakten und Normen, sondern verneint nur ihre universale Gültigkeit. Wie es überhaupt möglich ist, ohne diese Trennung und mit dem Festhalten an der Priorität der Fakten vor den Prinzipien eine Form von Normativität beizubehalten, werde ich im Abschnitt 2.5 näher erörtern.

Bezüglich des Verhältnisses zum klassischen Realismus habe ich im Vorigen verdeutlicht, dass die Kontextgebundenheit des gegenwärtigen Realismus nicht mit der oben erwähnten klassischen realistischen Position übereinstimmt, nach welcher der Erfolg das Hauptkriterium für die Bewertung des politischen Handelns ist.<sup>116</sup> Wie erwähnt können etwa bei Williams die Bedingungen der Legitimität in einem besonderen Kontext nicht auf die erfolgreiche Durchsetzung der Macht reduziert werden. Williams' grundlegende Bedingung der Legitimität, nämlich dass „die Lösung nicht Teil des Problems wird“, enthält zwar die Effektivität (ihre erfolgreiche Durchsetzung) als eine Grundbedingung, erschöpft sich aber nicht darin.<sup>117</sup> Dagegen setzt die Legitimitätsbedingung von vornherein der Macht Grenzen, die, wie ich argumentiert habe, zum Kern *politischer* Macht gehören.

## 2.4 Negativismus: die Erfahrung der „institutionellen Grausamkeit“ als Ausgangspunkt des kritischen Realismus

Der gegenwärtige Realismus nimmt eine negativistische Ausgangsposition ein: Er fokussiert auf die grundlegenden Übel und auf die Annahme

---

114 Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 33. Dazu vgl. auch Geuss, Realismus, Wunschdenken, Utopie, 421.

115 Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 33.

116 Vgl. oben Abschnitt 2.1, insbesondere die Fußnote 74.

117 Vgl. Williams, *In the beginning was the deed*, 14–16.

von deren permanenter Möglichkeit.<sup>118</sup> Sein Endziel besteht darin, diese grundlegenden Grausamkeiten zu verhindern, statt einen ideal definierten guten Zustand herbeizuführen.

In dieser Hinsicht stellt der gegenwärtige Realismus eine Form von Anti-Utopismus dar. Er bietet kein *summum bonum* und keine politische Vision, wie dies zu verwirklichen wäre. Stattdessen identifiziert er ein *summum malum* und definiert das Ziel der politischen Theorie darin, zu zeigen, wie dies verhindert werden kann.<sup>119</sup> Der politische Realismus ist, wie Shklar es ausgedrückt hat, keine „Partei der Hoffnung“, die auf die Verwirklichung des Guten hofft, sondern, indem er sich auf die Erfahrung des Bösen konzentriert, eine „Partei der Erinnerung“.<sup>120</sup> Jedoch ist auch in diesem Fall die anti-utopische Aufforderung des Realismus auf die Vorgehensweise bezogen. Sie gibt den Ausgangspunkt vor (der in der Realität und ihren Unzulänglichkeiten verankert sein soll), verbietet aber nicht absolut den Rekurs auf utopisches Denken. Utopische Vorstellungen, so Geuss, sind dem Realismus nicht verboten und können sogar eine wichtige Rolle auch im politischen Bereich spielen. Sie dürfen aber weder mit der Wirklichkeit verwechselt werden noch den „nüchternen“ Blick auf die politische Realität als unabdingbaren Ausgangspunkt der Reflexion

---

118 Negativismus wird hier im Sinne Michael Theunissens als die Einstellung verstanden, nach der die Philosophie von der Diagnose negativer Phänomene ausgehen sollte, oder, in Theunissens Worten, als die Methode, nach der „sich das Positive vom Negativen anzeigen lässt“, Theunissen, Michael, *Der Begriff Verzweiflung: Korrekturen an Kierkegaard*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1993, 40 und Theunissen, Michael, *Das Selbst auf dem Grund der Verzweiflung. Kierkegaards negativistische Methode*. Frankfurt am Main: Hain 1991, 16–18. Für eine Charakterisierung des dialektischen Negativismus vgl. Angehrn, Emil (Hg.), *Dialektischer Negativismus: Michael Theunissen zum 60. Geburtstag*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992, insbesondere die Einleitung und Wesche, Tilo, *Dialectical negativism: Michael Theunissen, 1932–2015*, in: *Radical Philosophy*, 192, 2015, 66–68.

119 Vgl. Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 37, 43 und Honneth, Vorwort, 8. Über die Nähe Shklars zu „dialektisch-negativistischen Denkformen“ vgl. Liebsch; Bajohr, *Geschichte, Negativismus und Skepsis als Herausforderungen politischer Theorie*, 639.

120 Die Ausdrücke sind von Ralph Waldo Emerson entlehnt, Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 37 und der dort zitierte Emerson, Ralph Waldo, *Essays & lectures*, hg. v. Porte, Joel. New York: Literary Classics of the United States 1983, 173. Vertiefend zur Position Shklars gegenüber utopischem Denken, auch in Bezug auf ihr früheres Werk, vgl. Forrester, Katrina, *Hope and Memory in the Thought of Judith Shklar*, in: *Modern Intellectual History*, 8/3, 2011, 591–620.

ersetzen.<sup>121</sup> In diesem Sinne ist der methodologische Realismus besser als nicht utopisch denn als anti-utopisch zu begreifen.<sup>122</sup>

Was ist aber das *summum malum*, das der politische Realismus immer vor Augen haben soll? Das ist die Erfahrung der „institutionellen Grausamkeit“,<sup>123</sup> die durch Machtmissbrauch erzeugte Furcht. Diese Grausamkeit soll von der politischen Philosophie „an erste Stelle“ gesetzt werden, sie soll der Ausgangspunkt der Reflexion sein.<sup>124</sup>

Dieser negativistische Ansatz des gegenwärtigen Realismus spezifiziert, welches die wichtigsten Fakten und Praktiken sind, von der die politische Philosophie ausgehen soll.<sup>125</sup> Dies sind die grundlegenden Übel, die Williams als Begründung des ersten politischen Problems identifiziert, nämlich, wie ich aufgeführt habe, die grundlegendsten Menschenrechtsverletzungen.<sup>126</sup> Shklar definiert diese als „die Grausamkeit und die Furcht, die sie hervorruft, und schließlich die Furcht vor der Furcht selbst“. <sup>127</sup> Allgemeiner können sie als Erfahrungen der Unterdrückung definiert werden, sowohl die vergangenen als auch die gegenwärtigen. Die politische Philosophie, so der gegenwärtige Realismus, soll diese Erfahrungen als Problem aufgreifen und darauf aufbauen.<sup>128</sup>

Der gegenwärtige Realismus orientiert sich also am *worst case*. Er soll in erster Linie über Gefahren nachdenken, statt stolz die Vorzüge der

121 Eine ähnliche Position vertritt auch Judith Shklar, vgl. Forrester, Judith Shklar, Bernard Williams and political realism, 258–259. Zur Verteidigung der Fruchtbarkeit utopischen und dystopischen Denkens für eine realistische politische Philosophie vgl. Thaler, Mathias, Hope Abjuring Hope: On the Place of Utopia in Realist Political Theory, in: Political Theory, 46/5, 2018, 671–697 und ausgehend von Tullys Realismus vgl. Honig; Stears, James Tully's Agonistic Realism.

122 Vgl. Forrester, Judith Shklar, Bernard Williams and political realism, 260.

123 Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 45.

124 Ebd., mit Verweis auf Shklar, Judith N., *Ganz normale Laster*. Berlin: Matthes & Seitz 2014, 8. Vertiefend zu Shklars Diktum vgl. Stullerova, Kamila, The knowledge of suffering: On Judith Shklar's 'Putting Cruelty First', in: Contemporary Political Theory, 13/1, 2014, 23–45.

125 Vgl. oben Abschnitt 2.2.

126 Williams, *In the beginning was the deed*, 69.

127 Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 43.

128 Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 16. Das entspricht übrigens laut Shklar auch der ursprünglichen Haltung des Liberalismus, der auf der „aus tiefstem Schrecken geborene[n] Überzeugung“ fußt, dass „Grausamkeit ein absolut Böses ist“ und aus der Erfahrung der Religionskriege in Europa im 16. und 17. Jahrhundert entstanden ist. Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 31. Vgl. auch Honneth, Vorwort, 15.

(erreichten oder zu erreichenden) Zustände zu loben.<sup>129</sup> Aus dem oben Ausgeführten ist nun klar, aus welcher Perspektive der *worst case* zu identifizieren ist. Es sind nämlich die „Verlierer der Geschichte“<sup>130</sup> bzw. deren Erfahrung der Beherrschung und der Ohnmacht, die als Ausgangspunkt für den Realismus gelten sollen. Aus dieser Perspektive betrachtet ist der gegenwärtige Realismus in einem doppelten Sinne negativistisch: erstens, weil er sich auf Übel und Schadensbegrenzung konzentriert, und zweitens, weil er sich auf die Übel der am schlechtesten Gestellten fokussiert. Aus diesem doppelten Negativismus folgt, dass die Grausamkeit, die es am dringendsten zu vermeiden gilt, diejenige ist, die von den Mächtigsten ausgeht, und die Freiheit, die an erster Stelle geschützt werden soll, „die Freiheit von Machtmissbrauch und der Einschüchterung Wehrloser“<sup>131</sup> ist. Der gegenwärtige Realismus stellt sich in dieser Hinsicht dezidiert als ein Realismus „von unten“ dar.<sup>132</sup>

Hier knüpft auch die Polemik des Realismus gegen anthropologische Ansätze, die politische Subjekte in erster Linie als rationale Wesen begreifen, an.<sup>133</sup> Stattdessen sind die politischen Subjekte des Realismus in ihren konkreten politischen Positionen zu begreifen, nämlich als „Schwache“ und „Mächtige“,<sup>134</sup> und nicht nur von reiner Rationalität, sondern auch von basalen Gefühlen und Empfindungen geleitet.<sup>135</sup> Denn die Übel, die der gegenwärtige Realismus zu vermeiden beabsichtigt, bestehen in konkreten körperlichen und psychischen Leiderfahrungen. Und die Motive, die seitens der jeweils „Mächtigsten“ zu Grausamkeiten führen können, sind nicht ausschließlich Kalkül und Interessen, sondern auch Machtstreben, Hass und destruktive Impulse gehören dazu. Dies führt zudem zu einem gewissen Skeptizismus, die Mechanismen politischer Entscheidungen als Prozesse der Bildung eines rationalen Konsensus beschreiben zu

---

129 Vgl. Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 40–41. Vgl. auch Williams, *In the beginning was the deed*, 54–55.

130 Honneth, Vorwort, 17. Vgl. in eine ähnliche Richtung auch Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 16.

131 Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 41.

132 Honneth, Vorwort, 16. Vertiefend vgl. Kateb, George, Foreword, in: Shklar, Judith N., *Political thought and political thinkers*, hg. v. Hoffmann, Stanley. Chicago: University of Chicago Press 1998, vii–xx.

133 Vgl. Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 40. Vertiefend zur „negativen Anthropologie“ Shklars vgl. Bajohr, Hannes, „Am Leben zu sein heißt Furcht zu haben.“ Judith Shklars negative Anthropologie des Liberalismus, in: Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 131–167.

134 Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 41.

135 Vgl. Galston, *Realism in political theory*, 398.

können. Noch einmal erinnert uns der gegenwärtige Realismus daran, dass Politik durch Konflikt statt durch Konsens geprägt ist, und dass seine grundlegende Kategorie Macht ist. Diese kann nur gezähmt und eingegrenzt, nicht aber auf rationale Verfahren reduziert werden.

Der gegenwärtige Realismus nimmt also seinen Ausgangspunkt negativistisch in der Diagnose der grundlegenden politischen Übel. Er beschränkt sich aber nicht auf diese Diagnose, sondern schlägt eine, wenn auch minimalistische, Therapie vor. Diese besteht, wie bereits erwähnt, in der Schadensbegrenzung. Der Blick nach hinten, in die Vergangenheit, zeigt, dass Machtmissbrauch eine historische Konstante ist. Der Blick „nach unten“ in der heutigen Welt zeigt, dass Machtmissbrauch noch immer sehr verbreitet ist. Also soll das Bewusstsein von der stetigen Möglichkeit institutioneller Grausamkeit auch den Blick in die Zukunft leiten und Richtlinien für die politische Philosophie begründen.<sup>136</sup> Williams kondensiert diese Auffassung in der Formulierung der grundlegenden Bedingungen der Legitimität, die besagen, dass politische Macht nicht selbst Ursache für die grundlegenden Übel werden darf und dass sie stets die Lösung zu diesen Übeln bieten soll, anstatt selbst Teil des Problems zu werden. Auf diesen Prämissen fußt auch die bereits erwähnte Zentralität der politischen Institutionen für den gegenwärtigen Realismus. Institutionen stellen die wichtigsten, obwohl komplexen und fragilen, Mechanismen dar, um das Ausufern und die Willkür der Macht abzuwenden.<sup>137</sup> Um effektiv zu sein, sollen sich diese Mechanismen nicht auf eine formal statuierte, rechtliche Gleichheit beschränken, sondern auch die gesellschaftliche Verteilung der Macht auf mehrere Gruppen und die Sicherung eines gewissen Grades materieller Gleichheit umfassen.<sup>138</sup>

136 Vgl. Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 41–46; Honneth, Vorwort, 18.

137 Vgl. oben Abschnitt 2.2. Ebenso gehört zum Kern des Realismus die Gewissheit, dass politische Institutionen (und politische Macht) notwendig für die Erhaltung der sozialen Ordnung sind und dass dazu ein gewisses Bedrohungsvermögen gehört. Für Shklar ist die einzige Ausnahme zur Regel der Vermeidung von Grausamkeit die Verhinderung noch größerer Grausamkeiten, wodurch der Staat legitimiert ist, Zwangsmittel einzusetzen (Vgl. Shklar, *Der Liberalismus der Furcht*, 46). Williams drückt diesen grundlegenden Gedanken in der Idee aus, dass die Grenze, wonach die Lösung Teil des Problems wird, von der Ernsthaftigkeit der ursprünglichen Übel, die verhindert werden müssen, abhängt. Vgl. oben Abschnitt 2.1. Ich werde auf diese zweideutige Funktion der politischen und rechtlichen Institutionen im zweiten Kapitel und auf ihre Bedeutung für die Bewertung der Sicherheitspolitik im letzten Kapitel dieses Buches zurückkommen.

138 Vgl. ebd., 42–43, 48.

Unter dem Aspekt des Negativismus unterhält der gegenwärtige Realismus ein komplexes Verhältnis zum klassischen Realismus. Einerseits sind die Gemeinsamkeiten offensichtlich: Auch für den klassischen Realismus kann Macht nicht auf Recht reduziert werden – *kratos* bestimmt die politischen Verhältnisse, nicht *logos*. Zudem sind sich die beiden Formen des Realismus darüber einig, dass der Macht eine konstitutive Neigung zur Ausdehnung innewohnt.<sup>139</sup>

Andererseits besteht aber im Hinblick auf die hier eingenommene Perspektive des Negativismus ein radikaler Unterschied zwischen dem klassischen und dem gegenwärtigen Realismus. Ersterer besteht nämlich in seiner gewöhnlichsten Form in einer Regierungskunst, einer Technologie der Macht, deren Hauptziel es ist, die Selbsterhaltung des Staates zu sichern.<sup>140</sup> Dagegen nimmt der gegenwärtige Realismus dezidiert die Perspektive der Regierten ein, wie ich oben verdeutlicht habe. Zwar wird die Möglichkeit einer realistischen politischen Philosophie „von unten“ nicht prinzipiell vom klassischen Realismus ausgeschlossen. Wie Portinaro gezeigt hat, ist sie bereits in Platons *Politeia* neben der „hyperrealistischen“ Position des Thrasymachos vertreten. Im zweiten Buch der *Politeia* begründet nämlich Glaukon die Notwendigkeit der Gesetze und der Institutionen aus der Perspektive derjenigen, die Ungerechtigkeit erleiden und keine Möglichkeit haben, sich ihr zu entziehen. Aus der Perspektive der Wehrlosen ist es vorteilhaft, sich darauf zu einigen, anderen keine Ungerechtigkeit zuzufügen und selbst keine zu erleiden.<sup>141</sup> Wenn auch also die Möglichkeit eines Realismus „von unten“ von Anfang an gegeben war, wurde diese vom klassischen Realismus weder dezidiert übernommen noch konsequent artikuliert. Die Hauptperspektive dieses Realismus ist diejenige der Regierenden, wofür der Realismus als Theorie der Politik beratend zur Seite steht. Zwar erschöpfen sich die Maximen und Empfehlungen des Realismus

---

139 Vgl. Portinaro, *Il realismo politico*, 80, 85–86.

140 Vgl. Portinaro, *Il realismo politico*, 20, 28–29.

141 Der einschlägige Passus aus der *Politeia* lautet: „Man behauptet, Unrecht tun sei von Natur aus ein Gut, Unrecht leiden aber ein Übel; doch sei das Unrecht leiden ein größeres Übel als das Unrecht tun ein Gut. Wenn demnach die Menschen einander Unrecht tun und voneinander Unrecht leiden und sie somit beides auskosten, so dünkt es diejenigen, die diesem nicht entgehen aber auch nicht jenes wählen können, von Vorteil, sich miteinander dahin zu verständigen, daß sie weder Unrecht tun noch Unrecht leiden. Und daher habe man dann angefangen, Gesetze zu geben und miteinander Verträge zu schließen, und was das Gesetz bestimmt, habe man als gesetzlich und gerecht bezeichnet.“ Plato, *Der Staat*, hg. v. Szlezák, Thomas Alexander. Berlin: de Gruyter 2014, zweites Buch, 359a. Vgl. auch Portinaro, *Il realismo politico*, 53.

nicht in der Aufforderung zur Unterdrückung der Beherrschten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, um die Macht beizubehalten. Auch der klassische Realismus kennt eine milde Variante, in welcher Legalität, nämlich die Ausübung der Macht innerhalb rechtlicher Grenzen, eine wichtige Komponente guten Regierens ist.<sup>142</sup> Trotzdem besitzt auch in dieser Variante die Legalität lediglich instrumentelle Bedeutung, und zwar zur Erhaltung der Macht und ihrer Stabilität, und keinen Wert an sich.

## 2.5 Immanenz der Leitprinzipien und der Kritik

Im vorigen Abschnitt habe ich geschildert, wie der kritische Realismus durch einen negativistischen Ansatz geprägt ist. Aus dieser Perspektive zeichnet sich der gegenwärtige Realismus vor allem in Abgrenzung zum Utopismus aus. Der gegenwärtige Realismus bietet keine Vision eines optimalen politischen Zustandes, keine ideale Polis, die es zu verwirklichen gilt. Und doch nimmt der kritische Realismus, wie oben angedeutet, keine resignierte oder gar fatalistische Position ein. Er strebt vielmehr eine Transformation der politischen Realität zum Besseren an, selbst wenn diese Transformation zunächst nur auf eine Schadensbegrenzung abzielt.

Diese angestrebte Verbesserung der politischen Zustände darf jedoch weder an universale Werte appellieren noch von obersten Prinzipien abgeleitet werden, wie ich oben ausgeführt habe.<sup>143</sup> Ferner: Der kritische Realismus verneint auch die Möglichkeit einer letzten Begründung. Der Normativität des gegenwärtigen Realismus kommen also weder von oben (in Form von höchsten Prinzipien) noch aus der Ferne (als universale Werte) und auch nicht von unten (als letzte Begründungen) fixe Anhalts- oder Orientierungspunkte zur Hilfe.

Die Negation der Letztbegründbarkeit stellt den kritischen Realismus konträr zu jeglicher Form des erkenntnistheoretischen Fundamentalismus: Die Leitprinzipien politischen Handelns müssen aus der Immanenz unserer Realität herausgearbeitet werden und können nicht mit Verweis auf einen festen Boden gerechtfertigt werden, der nicht selbst infrage gestellt werden könnte.

Dabei wendet sich der gegenwärtige Realismus gegen das, was seinerseits als ein Missverständnis in der politischen Philosophie aufgefasst wird. Dieses besteht in der Überzeugung, dass Freiheit und Rationalität nur

---

142 Vgl. Portinaro, *Il realismo politico*, 53–55.

143 Vgl. Abschnitte 2.2 und 2.3.



dann im Politischen realisiert werden können, wenn das politische Handeln auf Grundnormen basiert, welche die situierte Welt unserer alltäglichen Aktivitäten transzendieren.<sup>144</sup> Die Kritik ist hier insbesondere gegen Habermas gerichtet, aber auch wieder gegen Rawls und gegen Positionen, die gewöhnlich als gegensätzlich zum rawlsschen Liberalismus verstanden werden, wie Charles Taylors kommunitaristischer Ansatz.<sup>145</sup> Diesen Autoren ist die Überzeugung gemeinsam, so die realistische Kritik, dass ohne eine die Realität transzendierende Normenbegründung jegliche Möglichkeit der Kritik verbaut wäre und dass der politischen Philosophie lediglich die nackte Akzeptanz des Gegebenen bleiben würde.<sup>146</sup> Der gegenwärtige Realismus beansprucht dagegen für sich die Möglichkeit einer nicht transzendentalen Kritik der politischen Realität und wendet letztendlich den Vorwurf des Konservatismus, wie ich unten zeigen werde, gegen die transzendentalen Theorien selbst.<sup>147</sup>

Der methodologische Realismus betrachtet jeden Versuch, von der Weltimmanenz zu abstrahieren und einen „objektiven“ oder „universalen“ oder „rein rationalen“ Standpunkt einzunehmen, als illusorisch. Zwar ist der Wunsch, unsere Situierung und Immanenz zu überwinden, ein sehr reeller Wunsch, der in gewisser Weise aus unserer menschlichen Kondition entsteht. Jedoch kann er nicht erfüllt werden. Wie Anna Fenichel Pitkin in Anlehnung an Wittgenstein geschrieben hat: „The desire to escape our human condition [...] is a real desire, but not a desire for something real. It is a vain desire.“<sup>148</sup> Ein anderer Zugang zum Politischen

---

144 Vgl. Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 39 und Geuss, Raymond, *Die Idee einer kritischen Theorie*. Königstein: Hain 1983, 78–79.

145 Für eine Auseinandersetzung mit Habermas' und Taylors Transzendentalismus vgl. Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 39–70; für eine Kritik des habermasschen und rawlsschen Ansatzes vgl. Geuss, *Die Idee einer kritischen Theorie* und Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 82–128.

146 Diese Kritik wird manchmal durch eine missverständliche Vermischung des Realismus in der politischen Philosophie mit dem realistischen Ansatz in den internationalen Beziehungen begründet und in der Behauptung ausgedrückt, „der Realismus wäre immer auf der Seite des Staates“. Runciman, *Political Theory and Real Politics in the Age of the Internet*, 15. Für eine Verteidigung der Vereinbarkeit von negativistischen Ansätzen mit normativem Streben vgl. auch Allen, Jonathan, *The Place of Negative Morality in Political Theory*, in: *Political Theory*, 29/3, 2001, 337–363.

147 Vgl. Williams, *In the beginning was the deed*, 29–39; Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 39–70.

148 Pitkin, Hanna Fenichel, *Wittgenstein and justice: on the significance of Ludwig Wittgenstein for social and political thought*. Berkeley: University of California Press 1972, 339.



als unser Standpunkt, so der kritische Realismus, ist uns verbaut: Wir können und sollen nur an unserem „Hier und Jetzt“ ansetzen und dabei unsere Situierung bewusst anerkennen, anstatt sie zu verschleiern.<sup>149</sup> Doch der Versuch, unsere Gebundenheit und Befangenheit zu überwinden, ist nicht nur illusorisch, sondern – wenn nicht als solcher erkannt – er wirkt auch mystifizierend. Unsere Vorurteile und Vorannahmen fließen notwendigerweise in jede vermeintlich „ideale“ (bzw. objektive, rein rationale oder universale) Konzeption des Politischen und seiner Leitprinzipien. Indem wir sie aber als „ideal“ deklarieren, verstärken wir letztendlich die darin enthaltenen Vorurteile, weil sie nun als notwendig, universal und objektiv dargestellt werden.<sup>150</sup> Ferner: Diese ideellen Prinzipien werden selbst der Kritik entzogen – wenn sie rational, universal und unparteiisch sind, dann ist jede Infragestellung irrational, partikularistisch und ideologisch. Anstatt die Grenzen unserer politischen Realität zu testen und kritisch zu hinterfragen, führen transzendente Theorien dazu, die vorhandenen Grenzen als notwendig und unüberwindbar zu bestätigen.<sup>151</sup> Damit wird der Vorwurf des Konservatismus vom methodologischen Realismus nicht nur abgelehnt, sondern auch gegen alternative ideale Ansätze gewendet.

Einerseits unterscheidet sich also der gegenwärtige Realismus wegen seiner Verankerung in der Immanenz von idealen Ansätzen. Andererseits, weil er den transformativen Anspruch aufrechterhält, grenzt er sich auch vom klassischen Realismus entscheidend ab.

Drei Einstellungen gegenüber der Welt wurden als typisch für den klassischen Realismus identifiziert: Weltbeherrschung, -anpassung und

---

149 Vgl. Galston, *Realism in political theory*, 395–396; Williams, *In the beginning was the deed*, 61.

150 Vgl., polemisch gegen Rawls, Geuss, *Die Idee einer kritischen Theorie*, 122–128. Christoph Menke hat diesen Aspekt der geussischen Kritik an Rawls und den Zusammenhang mit Rawls' Konsensus-orientierter Theorie besonders klar dargestellt. Rawls sieht die von ihm identifizierten Prinzipien als Gegenstand eines gesellschaftlichen Konsensus und betrachtet diese Prinzipien als Maßstäbe, die eine Kritik der politischen Realität ermöglichen. Geuss kritisiert diese beiden Thesen. Die von Rawls aufgestellten Prinzipien sind erstens das Ergebnis einer hochumstrittenen Interpretation: Weil Rawls dies erkennt, kann er zweitens nicht erkennen, dass seine Position affirmativ – und nicht kritisch – gegenüber der Realität ist. Mit anderen Worten verschleiern der Moralismus, dass seine Behauptungen auch politische Stellungnahmen sind. Vgl. Menke, *Weder Rawls noch Adorno?*, 447.

151 Vgl., kritisch gegenüber Habermas, Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 83–93.

-ablehnung.<sup>152</sup> Keine dieser drei typischen Einstellungen des klassischen Realismus passt zum kritischen Selbstverständnis des gegenwärtigen Realismus.<sup>153</sup> Denn weder zielt der gegenwärtige Realismus auf eine selbstgefällige Beherrschung der Machtspiele (Weltbeherrschung), noch resigniert er skeptisch und kompromissbereit gegenüber der Unvermeidbarkeit der politischen Übel (Weltanpassung) und wendet sich schließlich auch nicht enttäuscht von der Welt und den Menschen ab (Wetablehnung). Entsprechend steht seine grundlegende Haltung dem Konservativismus antithetisch gegenüber: Sein Bestreben ist inhärent transformativ.<sup>154</sup>

Der methodologische Realismus muss dabei mit dem scheinbaren Paradoxon umgehen, von der Realität auszugehen und gleichzeitig diese infrage zu stellen, um zu ihrer Transformation beitragen zu können. Das ist meines Erachtens die zentrale Herausforderung des realistischen Ansatzes, wofür er, wie ich unten darlegen werde, noch keine überzeugende Überwindungsstrategie entwickelt hat. Meines Erachtens ist die Auflösung dieses Paradoxons aber möglich und kann durch den Rekurs auf Formen einer nicht fundierenden und nicht transzendentalen Kritik erreicht werden. In den nächsten Abschnitten werde ich nun erkunden, wie sich durch diese Ergänzung das kritische und transformative Potenzial des gegenwärtigen Realismus entfalten lässt.

---

152 Vgl. Portinaro, *Il realismo politico*, 17. Die Kategorien werden von Max Webers' Religionssoziologie übernommen, vgl. Weber, Max, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. 1. Tübingen: Mohr 1986, 512–535.

153 Zu Shklars Ablehnung der Selbstgefälligkeit des klassischen Realismus und seiner Glorifizierung des Konflikts und des Dezisionismus, insbesondere in Bezug auf Machiavelli und Weber, vgl. Forrester, Judith Shklar, Bernard Williams and political realism, 253–255. Für eine Untersuchung der Möglichkeit, Machiavellis Werk als positive Quelle für den Liberalismus der Furcht im Sinne Shklars und Williams' zu lesen, vgl. Osborne, Thomas, Machiavelli and the liberalism of fear, in: *History of the Human Sciences*, 30/5, 2017, 68–85.

154 Dagegen neigte der klassische Realismus zu einer Form des „universalen Konservativismus“, wonach sowohl die menschliche Natur als auch die Grundmechanismen der Politik unveränderbar seien. Dieser grundlegende Konservativismus hätte sich seit der Französischen Revolution häufig in eine Affinität des klassischen Realismus zu politisch konservativen und nationalistischen Positionen gewandelt. Vgl. Portinaro, *Il realismo politico*, 116.

### 3 Entfaltung des kritischen Potenzials des gegenwärtigen Realismus

Die Weiterentwicklung des gegenwärtigen Realismus in eine dezidiert kritisch-transformative Richtung, die ich hier beabsichtige, benötigt meines Erachtens eine dreistufige Erweiterung. Erstens muss epistemologisch plausibilisiert werden, wie es möglich ist, innerhalb eines Wissenssystems bestimmte Voraussetzungen dieses Systems infrage zu stellen, ohne einerseits auf dem System gegenüber externe Anhaltspunkte zu rekurrieren und andererseits die Voraussetzungen, die einmal als Grundlage der Infragestellung dienen, als absolut gültig zu betrachten. Diesen Schritt werde ich durch Verweis auf die späte Philosophie Ludwig Wittgenstein vollziehen. Zweitens muss konkretisiert werden, wie eine solche nicht transzendente Kritik geübt werden kann. Diese Konkretisierung werde ich durch Rekurs auf Michel Foucaults genealogischen Ansatz aufzeigen. Dieser besteht in der Aufdeckung unserer Historizität als (politischer) Subjekte und ermöglicht es, eine kritische Distanz gegenüber den politischen Gegebenheiten und Wertvorstellungen zu gewinnen, die uns sonst als selbstverständlich, objektiv und universell erscheinen. Wie ich darlegen werde, bleibt aber diese Form der kritischen Rekonstruktion an der Grenze dessen stehen, was unseren Werthorizont konstituiert. Foucaults Genealogie verdeutlicht meines Erachtens, *dass* es möglich ist, bestimmte Vorstellungen und Praktiken, die als „gegeben“ gelten, zu transformieren; sie sagt aber nichts darüber aus, *wie* diese Transformation erfolgen kann. Um diesen weiteren Schritt zu gehen, liefert Rahel Jaeggis Konzept der immanenten Kritik eine fruchtbare Methode, die den kritischen Realismus um eine konstruktiv-normative Komponente ergänzen kann. Diese hat ihren Ausgangspunkt in der Kontrastierung der analysierten Handlungen mit den Leitprinzipien, die diesen Handlungen vorgeschrieben wurden, und zielt darauf ab, Widersprüche in diesem Verhältnis der Praxis zu den Prinzipien aufzudecken. Diese Widersprüche verweisen dann auf die Notwendigkeit einer Transformation, die aber nicht auf die reine Angleichung der Praktiken an die Ideale abzielt, sondern die Ideale selbst in diese Transformation miteinbezieht.

Während Verweise auf die späte Philosophie Wittgensteins und auf den genealogischen Ansatz Foucaults teilweise auch in den Werken realistischer Autor\_innen zu finden sind, liefert die Ergänzung um Jaeggis

Ansatz einen genuin originellen Beitrag zur Weiterentwicklung des gegenwärtigen Realismus.<sup>155</sup>

### 3.1 Die epistemologische Plausibilisierung einer nicht fundierenden Kritik: das Wissenssystem als „Lebenselement der Argumente“

Die Möglichkeit einer nicht fundierenden Kritik fußt auf epistemologischen Voraussetzungen, die unter Anknüpfung an das Werk des späten Wittgensteins nachvollziehbar dargestellt werden können.<sup>156</sup>

Insbesondere Wittgensteins Auffassung der Urteilssysteme als „Lebenselement der Argumente“ erweist sich als überaus fruchtbar zu diesem Zweck. Nach dieser Konzeption stellt das Hintergrundwissen, das wir mit anderen teilen, die Bedingungen der Möglichkeit von spezifischen Infragestellungen dar. Diese Bedingungen ermöglichen und schränken gleichzeitig das Infragestellen ein:

Alle Prüfung, alles Bekräftigen und Entkräften einer Annahme geschieht schon innerhalb eines Systems. Und zwar ist dies System nicht ein mehr oder weniger willkürlicher und zweifelhafter Anfangspunkt aller unsrer Argumente, sondern es gehört zum Wesen dessen, was wir ein Argument nennen. Das System ist nicht so sehr der Ausgangspunkt, als das Lebenselement der Argumente.<sup>157</sup>

Dieses System von Urteilen lernen wir als Ganzes; Urteile begreifen wir immer schon in ihrem Zusammenhang mit anderen Urteilen. Die meisten davon „schlucken“ wir ganz einfach als Folgerungen aus anderen Urteilen als Teil eines Systems „hinunter“, ohne uns dessen bewusst zu sein und ohne sie infrage zu stellen.<sup>158</sup> Das, was uns als besonders fest und uner-

---

155 Für einen aktuellen Beitrag, der die transformativ-normativen Grenzen des gegenwärtigen Realismus durch die Operationalisierung genealogischer Vorgehensweisen zu überwinden versucht, vgl. Rossi, Enzo, Being realistic and demanding the impossible, in: *Constellations*, 26/4, 2019, 638–652.

156 Vgl. Wittgenstein, Ludwig, *Philosophische Untersuchungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2017 (zuerst veröffentlicht 1953); Wittgenstein, Ludwig, *Über Gewißheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2018 (zuerst veröffentlicht 1969).

157 Wittgenstein, *Über Gewißheit*, § 105. Vgl. dazu Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 32. Ich werde im letzten Kapitel des Buches verdeutlichen, welche Bedeutung diese Auffassung für die Legitimität im Kontext der EU-Sicherheitspolitik hat.

158 Wittgenstein, *Über Gewißheit*, § 140–144, insb. § 143. Wittgenstein verdeutlicht die These durch folgendes Beispiel: „Es wird mir erzählt, jemand sei vor vielen

schütterlich erscheint, tut es nicht, weil es transzendent, universal oder besonders begründet ist, sondern weil es von anderen Überzeugungen und Urteilen als deren Hintergrund verlangt wird. Folglich müssen wir, wenn wir bestimmte Teile eines Systems kritisch überprüfen, notwendigerweise an anderen Teilen festhalten, die aber potenziell jeweils selbst Gegenstand einer kritischen Untersuchung werden können.<sup>159</sup>

Es erschließt sich somit die Möglichkeit einer nicht fundierenden Kritik, in der wir bei der Überprüfung einer Norm bestimmte andere Normen oder Urteile als vorausgesetzt annehmen, ohne diese als absolut fundierbar anzusehen. Diese zunächst für vorausgesetzt gehaltenen und nicht infrage gestellten Normen können aber in einem anderen Vorgang selbst kritisiert, revidiert oder gegebenenfalls aufgegeben werden. So ist es in der politischen Philosophie möglich, bestimmte Praktiken kritisch zu überprüfen und dabei andere Zustände oder Machtbeziehungen als gemeinsam geteiltes System im Hintergrund zu belassen, für vorausgesetzt zu halten oder sogar als Anhaltspunkt für die Kritik zu nutzen. Dies verbietet aber nicht, in einem weiteren Schritt die zunächst für gültig erachteten Normen, Zustände und Beziehungen ihrerseits zu kritisieren.<sup>160</sup>

Die kritische Überprüfung der Legitimität der EU-Sicherheitsmaßnahmen, die in diesem Buch erfolgt, fußt auf dieser Konzeption. Wie ich in den nächsten Kapiteln ausführen werde, ist es möglich, die in der EU geltenden Legitimitätskonzeptionen als Maßstäbe der Überprüfung zu verwenden (wie im Teil II dieses Buches), ohne die Möglichkeit auszuschließen, dieselben Prinzipien später (hier im Teil III) infrage zu stellen und womöglich für ihre Transformation zu plädieren.

---

Jahren auf diesen Berg gestiegen. Untersuche ich nun immer die Glaubwürdigkeit des Erzählers und ob dieser Berg vor Jahren existiert habe? Ein Kind lernt viel später, daß es glaubwürdige und unglaubwürdige Erzähler gibt, als es Fakten lernt, die ihm erzählt werden. Es lernt, daß jener Berg existiert habe, *gar* nicht; d. h., die Frage, ob es so sei, kommt gar nicht auf. Es schluckt, sozusagen, diese Folgerung mit dem hinunter, *was* es lernt.“ Wittgenstein, *Über Gewißheit*, § 143.

159 Vgl. Wittgenstein, *Über Gewißheit*, § 144; Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 32.

160 Vgl. Schaub, Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik, 22.

### 3.2 Foucaults Genealogie als „historische Auflösung“<sup>161</sup> von Selbstverständlichkeiten

Einmal auf epistemologischer Ebene geklärt, wie überhaupt eine Kritik möglich ist, die weder auf externen noch auf universalen und auch nicht auf fundamentalen Prinzipien basiert, kann nun eine konkrete Form dieser nicht fundierenden und nicht transzendentalen Kritik eingeführt werden. Diese besteht in der historischen Rekonstruktion der Ereignisse und Praktiken, die uns als diejenigen Subjekte, die wir sind, konstituiert haben. Diese Form der Kritik ist eine Infragestellung dessen, was uns als selbstverständlich, und deswegen natürlich und notwendig, erscheint.<sup>162</sup>

Foucault hat dieses genealogische Vorgehen exemplarisch geprägt. Nach Foucault lautet die kritische Frage: „Welchen Ort nimmt in dem, was uns als universal, notwendig und verpflichtend gegeben ist, das ein, was einzig, kontingent und das Produkt willkürlicher Beschränkungen ist?“<sup>163</sup> Diese Form der Kritik impliziert die Übernahme dessen, was Foucault als Ethos der Aufklärung bezeichnet, ohne aber auch ihre „Erpressung“ akzeptieren zu müssen. Während das Ethos der Aufklärung, ihre spezifische Haltung, nach Foucault in der „permanenten Kritik unseres historischen Seins“<sup>164</sup> besteht, besteht die Erpressung der Aufklärung in der Aufstellung der Alternative zwischen Akzeptanz und Ablehnung ihrer Rationalitätsformen. Diese Alternative impliziert, entweder die Grenzen, innerhalb derer sich unsere Rationalität bewegen soll, zu akzeptieren, oder eine – *de facto* unmögliche – Stellung außerhalb dieser Rationalität zu suchen und zu übernehmen. Nach Foucault kann diese Alternative umgangen werden, indem die Grenze weder als solche akzeptiert noch überschritten wird, sondern als eigener Standpunkt angenommen wird. „Wir müssen an der Grenze sein“,<sup>165</sup> die Grenze analysieren und reflektieren. Nur dadurch wird es möglich, die Grenze nicht mehr als notwendige Beschränkung zu sehen, sondern die Bedingungen ihrer Überschreitung ausfindig zu machen.

Diese genealogische Analyse ist offensichtlich keine reine Akzeptanz, aber auch keine bloße Ablehnung des Gegebenen. Vielmehr nimmt sie das Gegebene als Ausgangspunkt der Rekonstruktion und akzeptiert es als

---

161 Vgl. Geuss, Raymond, Kritik, Aufklärung, Genealogie, 278.

162 Geuss, Kritik, Aufklärung, Genealogie.

163 Foucault, Michel, Was ist Aufklärung?, in: Erdmann, Eva; Forst, Rainer; Honneth, Axel (Hg.), *Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung*. Frankfurt am Main: Campus 1990, 35–54, hier 48.

164 Ebd., 45.

165 Foucault, Was ist Aufklärung?, 45.

real (anstatt es als bloß konstruiert abzulehnen). Aber in der Untersuchung seiner Historizität eröffnet sie auch die Möglichkeit einer Transformation des Gegebenen.<sup>166</sup> Indem sie es uns ermöglicht, bestimmte Praktiken *von innerhalb* in einem neuen Licht zu sehen, ist genealogische Kritik zudem nicht transzendental.<sup>167</sup> Indem sie aber durch diese neue Perspektive über das Gegebene die Möglichkeit eröffnet, die historische Bedingtheit der eigenen Grenzen zu erkennen, hat sie das Potenzial, über diese Grenzen hinauszugehen: „Alles in allem geht es darum, die in Form der notwendigen Begrenzung ausgeübte Kritik in eine praktische Kritik in Form einer möglichen Überschreitung zu transformieren.“<sup>168</sup> Die praktische Transformation wird somit ermöglicht, ohne ein ideales, externes Vorbild aufzubauen oder vorauszusetzen.

Zentraler Bestandteil der genealogischen Kritik als Transformation von Selbstverständlichkeiten in Fragen ist die Rekonstruktion der geschichtlichen Prozesse, durch die sich Gegebenheiten in Probleme verwandelt haben.<sup>169</sup> Die Frage lautet, wie Phänomene (etwa im Bereich der Psychiatrie, der Delinquenz und der Sexualität) sich zu Problemen entwickeln und eine Reihe von Verknüpfungen zwischen Wissen und Machtmechanismen hervorbringen, die sich mit der Lösung dieses „Problems“ beschäftigen.<sup>170</sup> Ziel der genealogischen Analyse ist es, zu untersuchen

[...] welche Verbindungen, welche Verschränkungen zwischen Zwangsmechanismen und Erkenntniselementen aufgefunden werden können, welche Verweisungen und Stützungen sich zwischen ihnen

---

166 Vgl. Geuss, Kritik, Aufklärung, Genealogie.

167 Vgl. Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 82–83.

168 Foucault, Was ist Aufklärung?, 48.

169 Dieses Vorgehen soll sozusagen zeigen, dass das, was uns selbstverständlich als Problem erscheint, eigentlich das Produkt eines historischen Prozesses ist, in dem eine Reihe von Zuständen als Probleme erfasst und konstituiert wurde. Es ist – anders ausgedrückt – die Infragestellung der Problematisierung dessen, was uns selbstverständlich als Problem erscheint.

170 Vgl. Foucault, *Was ist Kritik?*, 31. Obwohl die vorgeschlagenen Lösungen vielfältig und sogar untereinander widersprüchlich sein können, gehen sie alle aus einer gemeinsamen Problematisierung hervor, welche die Elemente setzt, worauf die vorgeschlagenen Lösungen reagieren. Vgl. Foucault, Michel, *Polemics, Politics and Problematisations: An interview conducted by Paul Rabinow in May 1984*, in: Rabinow, Paul (Hg.), *Essential Works of Foucault*, Bd. 1 „Ethics“. New York: The New Press 1998, 381–390 und Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 106. Zu Foucaults Konzeption der Kritik vgl. auch Butler, Judith, Was ist Kritik?, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 50/2, 2002, 249–266.

entwickeln, wieso ein bestimmtes Erkenntniselement [...] Machtwirkungen hervorbringt und wieso ein bestimmtes Zwangsverfahren rationale, kalkulierte, technisch effiziente Formen und Rechtfertigungen annimmt.<sup>171</sup>

Im Einklang mit der Verpflichtung zum Vorrang der Fakten und der Kontextgebundenheit des politischen Realismus benötigt eine solche Genealogie eine Reihe von spezifischen, partikulären Analysen, die sich mit konkreten Praktiken und Phänomenen auseinandersetzen. Dagegen wird in diesem historisch-philosophischen Vorgehen auf allgemeine Grundlegungen verzichtet: Eine solche Analyse muss sich „im Immanenzfeld der reinen Singularitäten halten“.<sup>172</sup> Eine solche Analyse zielt nicht darauf ab, verschiedene Ereignisse auf eine einzige Ursache zurückzuführen, sondern vielmehr die Bedingungen zu identifizieren, die eine „Singularität“ in verschiedenen Elementen zur Erscheinung kommen lassen. Diese Singularität wird nicht als kausales Produkt der Erscheinungsbedingungen, sondern als deren Effekt aufgefasst.<sup>173</sup>

### 3.3 Jaeggis Auffassung der immanenten Kritik

Die Möglichkeit der Transformation, die durch das genealogische Vorgehen zunächst einmal nur aufgezeigt wird, kann im Sinne einer immanenten Kritik realisiert werden. Dieser Ansatz, der in der Tradition der Kritischen Theorie zu verorten ist, eignet sich meines Erachtens sehr gut, um das kritische Potenzial des gegenwärtigen Realismus zu entfalten.<sup>174</sup>

---

171 Foucault, *Was ist Kritik?*, 31.

172 Ebd., 36.

173 Vgl. ebd., 37.

174 Jenseits einiger Verweise auf die Tradition der Kritischen Theorie wurde bisher diese Form der Kritik vom kritischen Realismus nicht rezipiert. Vgl. etwa Geuss, *Realismus, Wunschenken, Utopie*, 423 und 427. Bei Williams findet sich ein Hinweis auf das „critical theory principle“, mit dessen Hilfe es möglich wird, die freie Akzeptanz einer politischen Ordnung von einer durch Zwang produzierten zu unterscheiden. Vgl. etwa Williams, *In the beginning was the deed*, 6. Ferner ist meiner Meinung nach Jaeggis Interpretation der immanenten Kritik dazu geeignet, die Schwierigkeiten zu überwinden, die Geuss' Distanzierung von Adornos Ideologiekritik motiviert. Wie Menke verdeutlicht hat, besteht die Hauptschwierigkeit aus Geuss' Sicht in der Überzeugung Adornos, dass wir nur über das Misslingen der Ideologien Zugang zur Realität haben. Nach Menkes Interpretation gäbe es aber heute für Geuss keine umfassende Ideologie, die in der Lage wäre, durch ihr Scheitern uns Zugang zum Wahren



Wie die Variante des Realismus, die hier stark gemacht wird, zielt auch die immanente Kritik auf die Überwindung der Dichotomie zwischen „innen“ und „außen“ als normativen Standpunkten, zwischen bloßer Akzeptanz und vollständiger Ablehnung der untersuchten Realität. Ebenfalls verzichtet die immanente Kritik darauf, Bewertungsmaßstäbe von außerhalb der Realität heranzuziehen, gleichzeitig zielt sie auf eine positive Transformation der Realität.<sup>175</sup>

In Anlehnung an Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Karl Marx, Theodor W. Adorno und Axel Honneth hat Rahel Jaeggi immanente Kritik als eine Art Kritik beschrieben, die von der Analyse des Gegebenen ausgeht, die dort auftretenden Widersprüche oder Paradoxien offenbart und darauf aufbauend neue normative Maßstäbe für deren Überwindung ausarbeitet.<sup>176</sup>

Immanente Kritik unterscheidet sich von *interner* Kritik. Letztere besteht ebenfalls aus der Konfrontation einer Gesellschaft mit den Normen und Idealen, die in ihr gelten. Ihre Analyse konzentriert sich jedoch auf die Aufdeckung der unzureichenden Verwirklichung dieser Ideale. Ihr Ziel ist dementsprechend die Angleichung der Realität an die Ideale bzw. deren Vervollständigung. Diese Form der Kritik hat nach Jaeggis Überzeugung keine Möglichkeit, die in der Gesellschaft geltenden Werte und Normen zu transzendieren, sie bleibt in der tatsächlich geltenden Normativität verfangen. Dagegen beschränkt sich immanente Kritik im Sinne Jaeggis nicht auf den Hinweis auf die unvollständige Verwirklichung gesellschaftlicher Normen. Sie zielt vielmehr auf die Transformation der Realität *und* der Normen ab.

Konkret besteht immanente Kritik für Jaeggi aus der Kombination der folgenden fünf Merkmale.<sup>177</sup> Erstens dienen als Ausgangspunkt der Kritik Normen, die einer gegebenen Gesellschaft immanent und für bestimmte soziale Praktiken konstitutiv sind. Diese Normen werden als solche ernst

---

der Realität zu verschaffen. Die heutigen Ideologien seien demnach dort, wo sie scheitern, keine Wegweiser zum Wahren, sondern „einfach falsch“, vgl. Menke, Weder Rawls noch Adorno?, 452–454. Meiner Meinung nach spricht Jaeggi dieses Problem an, wenn sie von einer „Vervielfältigung von Widersprüchen“ schreibt, die immanente Kritik berücksichtigen soll. Kritik soll demnach nicht bei einem zentralen Widerspruch der dominanten Ideologie ansetzen, sondern damit rechnen, dass es viele, teilweise miteinander kollidierende Widersprüche gibt. Vgl. Jaeggi, Was ist Ideologiekritik?, 293.

175 Vgl. Jaeggi, Was ist Ideologiekritik?

176 Vgl. ebd., 286.

177 Vgl. Jaeggi, Was ist Ideologiekritik?, 286–288.

genommen: Sie sind nicht bloß oder zufällig gültig, sondern werden als vernünftig begründete, gerechtfertigte Normen anerkannt. In diesem Sinne ist immanente Kritik alles andere als nihilistisch oder relativistisch. Die Normen, die kritisch betrachtet werden, werden weder als bloße Vorwände angesehen noch als willkürlich. Vielmehr, wie schon Adorno hervorhob, wird in diesen Normen ein rationaler Kern vorausgesetzt. Diese Normen und Ideale sind auch nicht „an sich“ falsch oder widersprüchlich, sondern werden es erst im Prozess der Verwirklichung, in dem sie in der Realität wirksam werden.<sup>178</sup>

Zweitens betrachtet diese Form der Kritik das Verhältnis zwischen Realität und Normen nicht als geschwächt (etwa weil die Realität den Normen nur unvollständig entspricht), sondern als verkehrt. Die Werte sind in der Realität wirksam, führen aber bei ihrer Verwirklichung zu Widersprüchen, in denen dieselben Ideale unterminiert werden. Das macht auch eine direkte, präzise Analyse der Gegebenheiten für die immanente Kritik unerlässlich: Die Fokussierung auf abstrakte und ideale Normen allein kann keine Widersprüche aufdecken, weil sich letztere erst im Verhältnis zwischen Realität und Idealen entfalten.

Diese Widersprüche werden drittens nicht als kontingent, sondern (zugegeben problematischerweise) als notwendig angesehen: Die geltenden Ideale lassen sich in der analysierten Realität *nur* widersprüchlich verwirklichen, indem sie entweder miteinander konfligierende Normen verkörpern oder in der Realität zu Folgen führen, die den ursprünglichen Intentionen zuwiderlaufen.

Viertens zielt immanente Kritik auf eine Transformation ab: Sie will nicht einfach die Realität und die Ideale in ein funktionierendes Verhältnis zueinander stellen, sondern die widersprüchliche Situation in etwas Neues überführen. Die Transformation soll aber nicht als Angleichung an ein vorgefertigtes Muster erfolgen. Vielmehr soll das Ideal aus der Wirklichkeit herausgearbeitet werden.

Dabei sind, fünftens, sowohl die Realität als auch die Normen Gegenstand dieser Transformation. Denn im Verfahren der immanenten Kritik wird sowohl eine Praxis anhand von Normen kritisiert als auch diese Nor-

---

178 Vgl. auch Adorno, Theodor W., Beitrag zur Ideologienlehre, *Gesammelte Schriften*, Bd. 8: Soziologische Schriften I. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1972, 457–477.

men selbst. Die Maßstäbe der Kritik, die aus der Realität herausgearbeitet werden, verändern sich sozusagen im Verfahren der Kritik.<sup>179</sup>

Um zu erklären, wie eine solche Transformation möglich ist, ohne auf externe Maßstäbe zu rekurren, weist Jaeggi auf Hegels Moment der „bestimmten Negation“ hin. Das Alte, das überwunden werden soll, wird nicht vollständig abgelehnt, sondern im Neuen aufbewahrt. Mit Hegels Worten ist das die Erkenntnis, dass

[...] das sich Widersprechende sich nicht in Null, in das abstrakte Nichts auflöst, sondern wesentlich nur in die Negation seines besonderen Inhalts, oder daß eine solche Negation nicht alle Negation, sondern die Negation der bestimmten Sache, die sich auflöst, somit bestimmte Negation ist [...]. Sie ist ein neuer Begriff, aber der höhere, reichere Begriff als der vorhergehende; denn sie ist um dessen Negation oder Entgegengesetztes reicher geworden, enthält ihn also, aber auch mehr als ihn, und ist die Einheit seiner und seines Entgegengesetzten.<sup>180</sup>

Der Verweis auf Hegel macht noch einen weiteren Aspekt der immanenten Kritik ersichtlich. In ihrer kritischen Überprüfung deckt immanente Kritik, so wie auch die klassische Form der Ideologiekritik bei Adorno,<sup>181</sup> Mechanismen der Legitimierung von Herrschaftsformen auf. Diese sind Mechanismen der „Selbstverständlichmachung“<sup>182</sup> und bestehen typischerweise in der Naturalisierung von gesellschaftlich bedingten Phänomenen und in der Universalisierung von Partikularitäten. Die Verknüpfungen mit dem Zweck der genealogischen Kritik Foucaults, wie oben beschrieben, sind offensichtlich. Und doch beschränkt sich immanente Kritik nicht auf den Verweis auf die historische oder gesellschaftliche Konstitution

---

179 Jaeggi verdeutlicht diese Idee mit Verweis auf Marx' Kritik der bürgerlichen Ideale der Gleichheit und Freiheit. In der bürgerlichen Gesellschaft gilt eine naturrechtliche Auffassung von Freiheit und Gleichheit, die aber in ihrer Realisierung in der Praxis zu Widersprüchen und zu einer Verkehrung der Ideale selbst führt. Nun liegt die Auflösung dieser Widersprüche laut Marx nicht in einer besseren Angleichung der bürgerlichen Praxis an die naturrechtlichen Konzeptionen der Gleichheit und der Freiheit, sondern sie bedarf auch einer Transformation der normativen Konzepte hin zu einer positiven Freiheit und einer materiellen Gleichheit. Vgl. Jaeggi, Was ist Ideologiekritik?, 288.

180 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, *Werke. Band 5: Wissenschaft der Logik. Teil 1: Die objektive Logik*, hg. v. Moldenhauer, Eva. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1990, 49 (zuerst veröffentlicht 1812).

181 Vgl. Adorno, Beitrag zur Ideologienlehre.

182 Jaeggi, Was ist Ideologiekritik?, 269.

von dem, was uns als universal oder natürlich präsentiert wird. Anders als genealogische Kritik, die lediglich die Möglichkeit der Transformation begreifbar machen will, zielt immanente Kritik darauf ab, eine Transformation „zum Besseren“ herbeizuführen.

Wie ist dies aber möglich, ohne auf eine – problematische – Teleologie im Stil Hegels zu rekurrieren?<sup>183</sup> Für Jaeggi ist die Lösung dieses Problems in einer situierten Konzeption des „Besseren“ zu suchen: Das, was einen Zustand oder einen Lösungsvorschlag besser im Vergleich zu dem kritisierten macht, ist seine Fähigkeit, die konkreten Widersprüche und Probleme des analysierten Zustandes effektiv zu adressieren. Das macht diese Form immanenter Kritik besonders fruchtbar als Vorgehensweise des kritischen Realismus, weil sie der Kontextgebundenheit der realistischen Lösungsansätze entspricht, die ich oben als konstitutiv für den methodologischen Realismus herausgearbeitet habe.<sup>184</sup>

Eine weitere Eigenschaft immanenter Kritik im Sinne Jaeggis, die sie für besonders geeignet als Vorgehensweise des gegenwärtigen Realismus erscheinen lässt, ist die Durchdringung von Analyse und Kritik, von Deskription und Präskription. Wie ich oben geschildert habe, relativiert der gegenwärtige Realismus die strikte Trennung zwischen Fakten und Normen oder zwischen Deskription und Evaluation, die typisch für ideale Ansätze ist.<sup>185</sup> Einerseits weist immanente Kritik, so wie Ideologiekritik auch, auf die normativen Elemente jeder Weltauffassung hin. Entsprechend identifiziert die Analyse der gesellschaftlichen Realität sowohl die Fakten als auch die Normen, die in ihr konstitutiv sind. Andererseits sind die Evaluationen und Präskriptionen der immanenten Kritik fest in der Analyse der Realität verankert, weil sie, wie ich geschildert habe, darauf abzielen, die für die analysierte Realität spezifischen, konkreten Widersprüche und Probleme zu bewältigen. Auch das macht immanente Kritik besonders affin zum Unternehmen des gegenwärtigen Realismus, der die Validität

---

183 Über die teleologischen Voraussetzungen der immanenten – oder in Honneths Worten: der „rekonstruktiven“ – Kritik vgl. Honneth, Axel, Rekonstruktive Gesellschaftskritik unter genealogischem Vorbehalt. Zur Idee der „Kritik“ in der Frankfurter Schule, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 48/5, 2000, 729–737.

184 Vgl. oben Abschnitt 2.3.

185 Vgl. oben Abschnitt 2.3.

bestimmter Lösungsansätze daran bemisst, ob sie sich in ihrer Einbettung in sozialen Praktiken als wirksam bewähren.<sup>186</sup>

### 3.4 Fruchtbarkeit der nicht transzendentalen Kritik für die Untersuchung der Legitimität der EU-Sicherheitspolitik

In den vorigen Abschnitten habe ich den Umgang des methodologischen Realismus mit dem scheinbaren Paradoxon von Immanenz und Kritik verdeutlicht.

Die zwei vorgestellten kritischen Vorgehensweisen (genealogisch und immanent) ermöglichen es, eine kritische Distanz gegenüber den Gegebenheiten zu schaffen, ohne auf eine externe (ideale, objektive, universale) Perspektive zu rekurrieren. Dabei eröffnen diese zwei kritischen Ansätze die Möglichkeit einer Transformation der Realität, indem das, was als notwendig und natürlich gilt, als historisch konstituiert erscheint, und indem die Aufdeckung und Lösung der vorhandenen Widersprüche den konkreten Weg einer möglichen Transformation aufzeigen.

In den nächsten Kapiteln dieses Buches werde ich insbesondere auf Foucaults und Jaeggis Formen der Kritik zurückgreifen. Zunächst werde ich im zweiten Kapitel den normativen Kontext rekonstruieren, der die immanenten Ideale und Werte liefert, an welche die nicht transzendente Kritik anknüpft. Dabei werde ich auch die groben Linien ihrer historischen Entstehung skizzieren. Im zweiten Teil des Buches (Kapitel 3 bis 7) werde ich dann sowohl Foucaults als auch Jaeggis Form der Kritik für die Analyse der EU-Sicherheitsmaßnahmen fruchtbar machen. Einerseits, im Sinne der genealogischen Kritik Foucaults, werde ich rekonstruieren, wie bestimmte Phänomene im RFSR als *Sicherheitsprobleme* aufgefasst wurden und eine Reihe von Maßnahmen hervorgerufen haben, die sich mit deren Lösung beschäftigen. Andererseits, im Sinne von Jaeggis immanenter Kritik, werde ich die konkrete Durchführung dieser Maßnahmen analysieren und die Widersprüche hervorheben, die sich aus der Konfrontation der Maßnahmen mit den Idealen, die ihrer Legitimation dienen, ergeben. Im dritten Teil, und insbesondere im neunten Kapitel, werde ich dann aufgrund dieser Analyse die Richtung einer möglichen Transformation aufzeigen, die

---

186 Vgl. Schaub, Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik, 22; Tully, *Public Philosophy in a New Key (Ideas in Context)*, 27 und Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*, 31–32.

durch Modifizierung sowohl der Praktiken als auch der Ideale zur Lösung der identifizierten Widersprüche und Probleme beitragen kann.

#### 4 Kritik am kritischen Realismus und Lösungsansätze

Ich wende mich nun den Kritiken zu, die gegen den gegenwärtigen Realismus erhoben wurden, um anschließend womöglich Perspektiven für ihre Überwindung aufzuzeigen. Die Kritiken lassen sich in drei Stränge bündeln.

Ein Strang bemängelt, dass der kritische Realismus die philosophische Tradition, von der er sich abgrenzen will, vereinfacht darstellt. So hat zum Beispiel Robert Jubb argumentiert, dass Rawls' Ansatz realistischer sei, als von den Realist\_innen angenommen wird.<sup>187</sup> Ganz ähnlich hat etwa William E. Scheuerman bemängelt, dass Geuss' Kritik der habermasschen Theorie keine akkurate Auseinandersetzung mit Habermas' Hauptwerk *Faktizität und Geltung* enthält.<sup>188</sup> Obwohl diese Kritiken wichtig sind, werden sie hier nicht weiter diskutiert, weil dies einer tiefgreifenden Analyse der Werke von Rawls, Habermas und den anderen Anhänger\_innen des politischen Moralismus bedürfen würde, die außerhalb der Reichweite dieser Abhandlung liegt. Darüber hinaus braucht der gegenwärtige Realismus die Kritik an sogenannten moralistischen Ansätzen, um die eigene Spezifität zu verdeutlichen, nicht aber, um sie zu konstituieren. Daher stellt die oben genannte Kritik meines Erachtens nicht infrage, dass der methodologische Realismus eine originelle Denkrichtung in der politischen Philosophie ist.<sup>189</sup>

Der zweite Strang der Kritik besteht aus Auseinandersetzungen mit Williams' Ansatz. Williams ist unter den hier vorgestellten Autor\_innen derjenige, der bislang die realistischen Anforderungen an die politische Philosophie am ausführlichsten in Form eines positiven Vorschlags konkretisiert hat. Daher ist es auch nicht überraschend, dass die meisten konkreten Kritiken sich an seine Theorie richten. Ich werde hier nicht

---

187 Vgl. Jubb, *Playing Kant at the Court of King Arthur*.

188 Vgl. Scheuerman, *The realist revival in political philosophy*, 800.

189 Die Originalität des gegenwärtigen Realismus wurde unabhängig von diesen Kritiken ausführlich belegt, vgl. etwa Sleat, Matt, *Realism, Liberalism and Non-ideal Theory. Or, Are there Two Ways to do Realistic Political Theory?*, in: *Political Studies*, 64/1, 2016, 27–41.

alle Kritiken aufgreifen, sondern nur diejenigen, die Aspekte betreffen, die auch konstitutiv für den realistischen Ansatz insgesamt sind.<sup>190</sup>

Meiner Meinung nach besteht die schwerwiegendste dieser Kritiken an Williams in dem Vorwurf, die geforderte Trennung zwischen Politik und Moral durch die Legitimitätsanforderungen zu verwischen. Dieser Vorwurf ist für den gesamten realistischen Ansatz bedeutend, nicht nur weil die Idee, dass Legitimität konstitutiv für das Politische ist, auch von anderen realistischen Autor\_innen geteilt wird. Vielmehr ist diese Idee der Schlusstein, der die für den Realismus zentrale Forderung der Trennung zwischen Politik und Moral trägt. Denn die Behauptung, dass politische Philosophie keine angewandte Ethik sein darf, kann nur dann sinnvoll vom gegenwärtigen Realismus vertreten werden, wenn gezeigt wird, dass das Politische über eine eigene Quelle der Normativität verfügt. Sonst würde der politische Realismus in eine Konzeption des Politischen als ein durch reine Macht- und Interessenkonflikte definiertes Feld zurückfallen, die er explizit ablehnt. Also lässt sich die Kernidee des methodologischen Realismus, dass Politik durch eigenständige politische Konzepte verstanden und evaluiert werden kann, nur durch die Möglichkeit einer genuin politischen Normativität begründen, welche durch die Kategorie der Legitimität verkörpert wird.

Nun bietet Williams eine Darstellung dessen, was eine realistische Konzeption der Legitimität sein könnte. Er tut das durch die Idee eines grundlegenden Legitimitätsanspruchs, der charakteristisch für *politische* Autorität sein soll, nicht aber für reine Machtbeziehungen. Ich habe bereits oben ausgeführt, wie die Idee von Williams, dass dies eine der Politik immanente Eigenschaft sei, plausibel gemacht werden kann.<sup>191</sup> Ich habe dort argumentiert, dass dieser Anspruch auf Legitimität das ist, was politische Ordnungen von nicht politischen Machtsystemen, die einen gewissen Grad von Organisation besitzen (Augustinus' Räuberbande oder Williams' Terrorherrschaft), unterscheidet. Es könnte jedoch weiterhin eingewendet werden, dass es historisch Machtsysteme gegeben hat, die sich politischer Institutionen (etwa des Staatsapparats) bedient haben, die aber unter keinen Umständen einen ernsthaften Legitimitätsanspruch erfüllen könnten. Ein Beispiel dafür wäre Deutschland unter dem Nationalsozialismus. Es gibt meiner Meinung nach zwei Wege, auf einen solchen Einwand zu antworten. Einer bestünde darin, zu behaupten, dass der Nationalsozialis-

---

190 Für eine Replik auf die Kritiken, die hier nicht diskutiert werden, vgl. Hall, Bernard Williams and the Basic Legitimation Demand.

191 Vgl. oben Abschnitt 2.1.

mus wohl einen Legitimitätsanspruch erhoben hätte. Dieser Anspruch wäre nach den eigenen Maßstäben der nationalsozialistischen rechtlich-politischen Konzeption gültig gewesen, er läuft aber anderen damaligen und unseren heutigen freiheitlich-demokratischen Legitimitätsvorstellungen zuwider. Nach dieser Argumentationslinie wäre jede Machtorganisation politisch, die einen Legitimitätsanspruch erhebt, unabhängig davon, ob dieser nach irgendwelchen Maßstäben erfüllt werden kann. Meiner Meinung nach würde aber eine solche Argumentationslinie den Vorwurf des Relativismus bestätigen und den realistischen Ansätzen jegliche normativ-evaluative Kraft gegenüber politischen Systemen absprechen. Dies ist außerdem nicht der Weg, den Williams einschlägt. Denn Williams fügt als Bedingung für die Erfüllung des Legitimationsanspruchs die Idee hinzu, dass politische Macht sich dadurch rechtfertigen muss, dass die realisierte politische Ordnung nicht „Teil des Problems ist“, nämlich nicht die gleichen basalen Übel reproduziert, die sie beseitigen soll. Diese Bedingung war offensichtlich durch das NS-Regime nicht erfüllt. Wenn nun behauptet würde, dass das NS-Regime wohl politisch war, nicht aber legitimiert, wäre Williams' These, wie oben angedeutet, zirkulär, weil die Erfüllung des Legitimitätsanspruchs zwar eine Bedingung für eine *legitime* politische Organisation, nicht aber für eine politische Organisation *tout court* wäre.<sup>192</sup>

Die Lösung zu diesem Problem besteht meiner Meinung nach in einer zweiten Argumentationslinie, die von Mark Philp aufgezeigt wurde. Einerseits räumt Philp ein, dass das NS-Regime sich eindeutig politischer Institutionen bediente und politische Autorität ausübte. Die spezifische Machtbeziehung, die das NS-Regime aufrechterhielt, ist jedoch nicht als politische Beziehung, sondern viel treffender als „Beherrschung“ zu begreifen. Der Staat unter dem NS-Regime wurde durch einen inneren Machtkern regiert, der über keine Legitimität verfügte und auch nicht daran interessiert war, die eigene politische Autorität zu sichern, sondern nur darauf aus war, Beherrschung aufzubauen.<sup>193</sup> Verallgemeinert verdeutlicht das Beispiel die These, dass es Machtorganisationen geben kann, die *prima facie* politisch erscheinen, weil sie sich politischer Formen und Institutionen bedienen, jedoch keine genuin politischen Beziehungen mit den Personen, die ihrer Macht unterstehen, unterhalten. In diesem Sinne stellt die

---

192 Vgl. oben Abschnitt 2.1.

193 Vgl. Philp, Mark, *Political Conduct*. Harvard: Harvard University Press 2007, 71–73, zitiert in Hall, Bernard Williams and the Basic Legitimation Demand, 477.



Existenz solcher Regime keinen Einwand gegen Williams' (und Geuss') Auffassung dar, dass Legitimität eine inhärente politische Kategorie ist.<sup>194</sup>

Der Kritik an Williams' Auffassung, relevante normative Kriterien könnten im Politischen verortet werden, wurde auch mit der Behauptung entgegnet, dass wir institutionelle Gewalt aufgrund von moralischen Vorstellungen ablehnen und nicht, weil sie die politische Ordnung gefährden.<sup>195</sup> Jedoch ist diese Kritik meiner Meinung nach nicht entscheidend: Selbst wenn wir die Ablehnung von institutionalisierter Folter auch durch moralische Argumente begründen können, schließt das nicht aus, dass wir auch eine genuin politische Erklärung bieten können, warum von einem Staat gebilligte oder ausgeübte Folter diesem die Legitimität abspricht – was Williams' Ansatz meiner Meinung nach erfolgreich tut.

Ein dritter Strang der Kritik besteht schließlich aus Einwänden, die das Fehlen einer konkreten Analyse und Kritik der Politik bemängeln oder sogar dem methodologischen Realismus die Fähigkeit absprechen, eine solche Analyse liefern zu können. Dieser Strang kann in die folgenden drei Subargumente unterteilt werden.

Das erste Argument setzt am kritischen Potenzial des gegenwärtigen Realismus an und weist darauf hin, dass noch unklar sei, wie dieser

---

194 Weitere Kritiken, die Williams' Ansatz vorwerfen, die Moral durch die Hintertür wieder hereinzulassen, setzen an seiner Idee an, dass eine politische Organisation jeder Person eine Rechtfertigung schulde, was nach diesen Kritikern nur durch den moralischen Status des Menschen begründet werden könne. Vgl. Sleat, Bernard Williams and the possibility of a realist political theory und, als Antwort darauf, Hall, Bernard Williams and the Basic Legitimation Demand. Auch wurden Williams und Shklar wegen ihres Universalismus der Menschenrechte als inkohärent kritisiert: vgl. Flathman, In and out of the ethical; Forrester, Judith Shklar, Bernard Williams and political realism, 265. Schließlich wurde Williams' Auffassung kritisiert, dass im „Hier und Jetzt“, nämlich in den modernen westlichen Gesellschaften, das demokratisch-liberale Modell das einzige ist, das als legitim erscheint. Dieser Kritik zufolge übersieht Williams den (den westlichen Gesellschaften) internen Dissens mit dem liberal-demokratischen Modell. Für zwei verschiedene Repliken auf diese Kritik vgl. Runciman, Political Theory and Real Politics in the Age of the Internet, 11 und Hall, Bernard Williams and the Basic Legitimation Demand, 470–472. Hier werden diese Kritiken und mögliche Gegenargumente nicht weiter vertieft, weil sie meiner Meinung nach nur partikuläre Aspekte der Theorie von Williams betreffen, die nicht konstitutiv für den gesamten gegenwärtigen realistischen Ansatz sind.

195 Vgl. Scheuerman, The realist revival in political philosophy, 807–808.

kritisch sein könne.<sup>196</sup> Diese Kritik ist sozusagen die Kehrseite der Distanzierung des gegenwärtigen Realismus vom politischen Moralismus. Letzterer würde eine Reihe von Werten fixieren, die unabhängig von den politischen Fakten wären und dadurch externe, rationale und objektive Kriterien liefern würden, um die Fakten der Politik zu bewerten. Wie oben dargestellt, verneint der methodologische Realismus, dass ein solches Verfahren erfolgreich sein kann, weil wir keinen Zugang zu objektiven, letztlich begründeten oder universalen Werten haben. Andererseits will der gegenwärtige Realismus nicht auf eine kritische Beurteilung und auf die Möglichkeit einer Transformation der Realität verzichten. Damit steht er vor dem scheinbaren Paradoxon, von den Fakten der Politik auszugehen und diese infrage stellen zu wollen. Wie dieses Paradoxon gelöst werden kann, habe ich oben unter Bezugnahme auf die Epistemologie des späten Wittgensteins und durch Rekurs auf das genealogische Vorgehen und auf die immanente Kritik geschildert.<sup>197</sup> Wie oben bereits angedeutet, werde ich in den nächsten Kapiteln auf diese Verknüpfung des Realismus mit den Formen der nicht transzendentalen Kritik aufbauen und sie für die Frage nach der Legitimität der EU-Sicherheitspolitik fruchtbar machen.

Eine zweite Kritik wirft dem Realismus vor, zu fokussiert auf die traditionellen Konzeptionen der Macht und der Legitimität zu sein, die als institutionelles Zentrum den Staat haben. Dies würde dem Realismus das Verständnis von informelleren Machtphänomenen und insbesondere von den durch die Digitalisierung hervorgebrachten Veränderungen verbauen. Der Realismus hätte zwar das Potenzial, über diese staatszentrierte Konzeption hinauszugehen, hätte dieses Potenzial aber bisher nicht entfaltet.<sup>198</sup>

Ich werde im Teil II dieses Buches versuchen, den realistischen Ansatz für eine Analyse der gegenwärtigen politischen Realität fruchtbar zu machen. Für diese Analyse spielen politische Institutionen zwar eine wichtige Rolle, sie werden aber nicht mit den Staatsinstitutionen gleichgesetzt. Vielmehr fokussiert die Analyse auf dynamische und hybride institutionelle Komplexe, wie sie sich gegenwärtig im RFSR abzeichnen. In diesem Kontext spielt die Digitalisierung für den sicherheitspolitischen Ansatz der EU eine konstituierende Rolle, wie ich zeigen werde. Damit wird sich, wie ich hoffe, eine kritisch-realistische Annäherung auch für die Untersu-

---

196 Vgl. Schaub, Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik, 16.

197 Vgl. oben Abschnitt 3 in diesem Kapitel.

198 Vgl. Runciman, Political Theory and Real Politics in the Age of the Internet, 4.

chung der im Zuge der Digitalisierung hervorgebrachten Veränderungen als fruchtbar erweisen.

Eine dritte Ausrichtung der Kritik behauptet, dass der politische Realismus bei einer bloßen Haltung bleibe, die aber bislang nicht in der Lage gewesen sei, eine echte Analyse der politischen Realität durchzuführen und stattdessen nur sehr abstrakte Aussagen formuliert habe.<sup>199</sup>

Für einige Autor\_innen besteht das Haupthindernis des Realismus, weswegen er bisher keine Analyse der Realität bieten konnte, in seinem Eklektizismus. Der gegenwärtige Realismus beruft sich auf eine Reihe von Autor\_innen, die für die Interpretation der politischen Realität in verschiedene, konkurrierende Richtungen weisen, wie die ökonomischen Produktionsverhältnisse bei den Marxisten, die Konstruktion der modernen Subjektivität bei Nietzsche oder die staatlichen Institutionen bei Weber und Shklar.<sup>200</sup>

Manche Autor\_innen gehen einen Schritt weiter und behaupten, der Realismus solle bei der Aufforderung, die Politik „realistisch“ zu betrachten, bleiben, sich aber nicht als eigenständige Schule etablieren. Denn jeder Versuch, eine realistische politische Philosophie näher zu bestimmen, werde unvermeidlich mit der Hervorhebung der Einschränkungen einer solchen Philosophie enden, sodass am Ende nur der Eindruck einer defizitären Denkrichtung bleibe.<sup>201</sup>

In Bezug auf diese Richtung der Kritik hoffe ich, im vorliegenden Kapitel eine Darstellung des gegenwärtigen Realismus geboten zu haben, die sich zu einem kohärenten Bild zusammenfügt. Dieses Unternehmen musste einen Preis in Bezug auf die Vollständigkeit bezahlen: Meine Charakterisierung des methodologischen Realismus bleibt notwendigerweise

---

199 Vgl. Scheuerman, *The realist revival in political philosophy*. Vgl. auch, obwohl konform mit der grundlegenden Ausrichtung des politischen Realismus, Horton, John, *Realism, liberal moralism and a political theory of modus vivendi*, in: *European Journal of Political Theory*, 9/4, 2010, 431–448. Für die These, dass der politische Realismus innerhalb der politischen Philosophie nicht weiterentwickelt werden kann, vgl. Sagar, *From Scepticism to Liberalism?*

200 Vgl. Scheuerman, *The realist revival in political philosophy*, 811.

201 Vgl. Runciman, *What Is Realistic Political Philosophy?*, 68–69. Für Runciman kann Philosophie allein zu keinem vollständigen Verständnis der Politik gelangen, sondern nur in Anlehnung an andere Disziplinen. Die Offenheit gegenüber Interdisziplinarität und die Ablehnung scharfer Abgrenzungen, etwa zwischen politischer Philosophie einerseits und Soziologie, politischer Theorie und Politikwissenschaften andererseits, ist auch ein Anliegen der Realist\_innen, vgl. etwa Geuss, *Realismus, Wunschdenken, Utopie*, 419 und Forrester, Judith Shklar, Bernard Williams and political realism, 250.

selektiv. Mein Ziel dabei war es, ausgehend von verschiedenen Ansätzen des gegenwärtigen Realismus einen kohärenten Komplex zu konstruieren, wobei das Ziel der Rekonstruktion nicht in erster Linie war, philologisch, vollständig und treu die Positionen der einzelnen Autor\_innen widerzuspiegeln, sondern sie brauchbar für eine kritische Analyse gegenwärtiger politischer Phänomene zu machen. Diese Charakterisierung ist nicht, wie dem Realismus von manchen Kritiken vorgeworfen wird, rein negativ geblieben, sondern enthält auch eine Beschreibung positiver Bestandteile des kritischen Realismus. Den Einwand, dass der Beitrag des Realismus zur politischen Philosophie nicht über einen reinen Methodenstreit hinausgehen kann, möchte ich in den folgenden Teilen des Buches konkret widerlegen.

Im nächsten Abschnitt werde ich zu diesem Zweck zunächst erläutern, wie die fünf Grundmerkmale des kritischen Realismus, die ich im zweiten Abschnitt dieses Kapitels herausgearbeitet habe, für die Erforschung der Legitimität politischer Maßnahmen operationalisiert werden können. Auf dieser Basis werde ich dann im nächsten Kapitel die philosophischen Grundprinzipien herausarbeiten, die für die Legitimität der EU-Maßnahmen im RFSR maßgeblich sind. Diese werden die Grundlage liefern, sowohl für die Analyse der konkreten Maßnahmen im zweiten Teil als auch für deren theoretische und normative Auswertung im dritten Teil dieses Buches.

## *5 Eine kritisch-realistische Annäherung an die EU-Sicherheitspolitik*

Wie können die Grundzüge des kritischen Realismus, so wie ich sie rekonstruiert habe, die Untersuchung der Frage nach der Legitimität der EU-Politik leiten? Diese Frage möchte ich nun beantworten, indem ich spezifizieren werde, wie die fünf Grundcharakteristika des kritischen Realismus und seine vorgeschlagene Erweiterung um transformativ-normative Aspekte die Durchführung dieser Untersuchung leiten werden. Dabei werde ich mich auf die grundlegende Stoßrichtung der Untersuchung konzentrieren. Die konkrete Art und Weise, wie ich den kritisch-realistischen Ansatz für die Analyse der Legitimität der EU-Maßnahmen operationalisiere, werde ich in Kapitel 2 verdeutlichen.<sup>202</sup>

Die ersten zwei Grundcharakteristika des gegenwärtigen Realismus, nämlich die Priorität der Politik vor der Moral und die der Fakten vor den Prinzipien, werden die folgenden Erörterungen insofern prägen, als

---

202 Vgl. unten Kapitel 2, Abschnitt 3.

ich keine ideale Theorie der Legitimität anbiete, die in moralischen Prinzipien gründet. Vielmehr nehme ich das Konzept der Legitimität als politischen Begriff zum Ausgangspunkt der Analyse und versuche ihn so zu konturieren, wie er als normatives Konzept in der Realität wirksam ist.<sup>203</sup> Darüber hinaus werde ich mich im zweiten Teil dieses Buches auf konkrete politische Maßnahmen konzentrieren und ihre Entstehung, die Argumente, durch die sie gerechtfertigt werden, ihre tatsächliche Anwendung sowie ihre Auswirkungen rekonstruieren. Entsprechend dem Prinzip der Priorisierung der politischen Fakten über Ideale basieren die theoretischen Aussagen und Generalisierungen, die im dritten Teil des Buches formuliert werden, auf den im zweiten Teil durchgeführten konkreten Analysen. Ebenfalls durch die Verankerung in den Fakten geprägt ist die besondere Aufmerksamkeit, welche die durchgeführte Analyse den Institutionen als fragilen und gleichzeitig unverzichtbaren Mechanismen der Durchführung, aber auch der Eingrenzung der Macht schenkt.

Die dritte Grundeigenschaft des gegenwärtigen Realismus, nämlich die Kontextgebundenheit der politischen Philosophie, inspiriert die hier durchgeführte Analyse in folgender Hinsicht: Im zweiten Kapitel wird ein Konzept der Legitimität herausgearbeitet, das „hier und jetzt“, nämlich gegenwärtig auf EU-Ebene und im Kontext der europäischen Sicherheitspolitik, gilt. Dieses Modell wird nicht als ein universelles, ahistorisches oder rein rationales Legitimitätsmodell präsentiert und verteidigt, sondern als ein Modell, das historisch gewachsen ist und aus diesem historischen Hintergrund heraus gegenwärtig für uns normativ „Sinn ergibt“.

Der Negativismus des kritischen Realismus wird in der Untersuchung dadurch ersichtlich, dass sie durch die Annahme der permanenten Möglichkeit des Machtmissbrauchs geleitet wird. Bei der Analyse der EU-Maßnahmen im zweiten Teil des Buches werde ich in diesem Sinne auf Risiken der Sicherheitsmaßnahmen als Ausweitung der Machtbefugnisse hinweisen. Sehr im Sinne der negativistischen Prägung des kritischen Realismus ist auch die Ausrichtung des dritten Teils des Buches, in dem Ansätze vorgeschlagen werden, welche die konkret identifizierten Möglichkeiten des Machtmissbrauchs verhindern, anstatt einen optimalen, ideal definierten Zustand herbeiführen sollen.

Dabei wird die Fruchtbarkeit der nicht transzendentalen Kritikmethoden besonders sichtbar. Diese ermöglichen es, das scheinbare Paradoxon von Immanenz und Kritik zu überwinden.

---

203 Vgl. das Kapitel 2 dieses Buches.

Das genealogische Vorgehen ermöglicht es, eine kritische Distanz gegenüber den Gegebenheiten zu schaffen, ohne auf eine externe (ideale, objektive, universale) Perspektive zu rekurrieren. Indem er das, was als notwendig und objektiv gilt, als historisch konstituiert erscheinen lässt, eröffnet der genealogische Ansatz die Möglichkeit einer Transformation der Realität. Der konkrete Weg dieser Transformation wird dann im Sinne einer immanenten Kritik durch Aufdeckung und Lösung der vorhandenen Widersprüche aufgezeigt.

In den nächsten Kapiteln dieses Buches werde ich auf diese kritischen Ansätze zurückgreifen. Zunächst werde ich im zweiten Kapitel den normativen Kontext rekonstruieren, der die immanenten Ideale und Werte liefert, an welche die nicht transzendente Kritik anknüpft. Dabei werde ich auch die groben Linien ihrer historischen Entstehung skizzieren. Im zweiten Teil des Buches (Kapitel 3 bis 7) werde ich dann sowohl Foucaults als auch Jaeggis Form der Kritik für die Analyse der EU-Sicherheitsmaßnahmen fruchtbar machen. Einerseits werde ich rekonstruieren, wie bestimmte Phänomene im RFSR als *Sicherheitsprobleme* aufgefasst wurden und eine Reihe von Maßnahmen hervorgerufen haben, die sich mit deren Lösung beschäftigen. Andererseits werde ich die konkrete Durchführung dieser Maßnahmen analysieren und die Widersprüche hervorheben, die sich aus der Konfrontation der Maßnahmen mit den Idealen, die ihrer Legitimation dienen, ergeben. Im dritten Teil, und insbesondere im neunten Kapitel, werde ich dann aufgrund dieser Analyse die Richtung einer möglichen Transformation aufzeigen, die durch Modifizierung sowohl der Praktiken als auch der Ideale zur Lösung der identifizierten Widersprüche und Probleme beitragen kann.